

13. Deutsch-Russische Herbstgespräche
21.-22.11.2008

Annäherung oder Entfremdung? Einfluss der Geschichtspolitik auf das Verhältnis EU-Russland



**HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG**

DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH E.V.
НЕМЕЦКО-РУССКИЙ ОБМЕН



13. Deutsch-Russische Herbstgespräche 21.-22.11.2008

„Annäherung oder Entfremdung? Einfluss der Geschichtspolitik auf das Verhältnis EU-Russland“

Dokumentation in Deutsch

Konzept der Tagung	4
I. Verhärtete Fronten? Zum historischen Kontext der Konfliktlinien zwischen der EU und Russland	6
Rainder Steenblock (MdB für Bündnis 90/Die Grünen, Berlin): Neujustierung im europäisch-russischen Miteinander	6
Boris Dubin (Lewada-Zentrum, Moskau): Die Rückkehr Russlands zur Großmachtideologie	8
Alexander Graf Lambsdorff (MdEP für die FDP, Brüssel): Divergierende Geschichtsauffassungen im Europäischen Parlament.....	12
II. Gelenkte Bilder? Nationale Geschichtsbilder hinter den aktuellen Konflikten	15
Mart Laar (Historiker, Vorsitzender der Pro Patria Fraktion im estnischen Parlament, ehemaliger Ministerpräsident Estlands, Tallinn): Die Notwendigkeit der Aufarbeitung beider totalitärer Regime des 20. Jahrhunderts.....	15
Piotr Buras (Gazeta Wyborcza, Warschau): Die Auseinandersetzung Polens mit seiner Geschichte und deren Einfluss auf die heutige Russlandpolitik Polens	18
Nikita Sokolov (Historiker, Chefredakteur der "Otetschestwennyje Sapiski", Moskau): Das verzerrte Geschichtsbild in Russland	20

Jens Siegert (Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau): Schwierigkeiten der Identitätsbildung in Russland	23
III. Neue Wege zu Aufklärung und Dialog: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Akteure	27
Wolfgang Templin (freier Publizist, Berlin): Die Suche nach der eigenen geschichtlichen Identität in der DDR	27
Piotr Mitzner (Zeitung "Nowaja Polscha", Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität, Warschau): Geschichtsaufarbeitung und -vermittlung in Polen	30
Raul Rebane (Kommunikationsberater, Tallinn): Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Staaten	32
Jan Ratschinskij (Memorial, Moskau): Die Suche nach gemeinsamen Ausgangspunkten für die Geschichtsbetrachtung	35
Stefan Melle (Geschäftsführer Deutsch-Russischer Austausch e.V., Berlin): Die Mitwirkung von NGOs an Geschichtsbildern.....	38
Programm der Tagung	41
Kurzbiografien der Referenten	42
Impressum.....	45

Konzept der Tagung

Trotz vieler gemeinsamer Interessen und immer enger werdender Zusammenarbeit in vielen politischen und wirtschaftlichen Bereichen, bestimmen in den vergangenen Jahren vor allem Konflikte die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Mit der Auseinandersetzung um den Georgienkrieg hatten die Spannungen 2008 einen neuen Höhepunkt erreicht. Hinter den Kulissen der aktuellen Politik wirkten dabei tiefe Differenzen mit oft historischen Wurzeln fort.

Wenige Jahre nach der Osterweiterung ist die EU von einer gemeinsamen Politik gegenüber Russland weit entfernt. Die Russlandpolitik hat neue Trennlinien innerhalb der EU geschaffen. Viele der Streitpunkte haben damit zu tun, dass die EU östlicher geworden ist. Die neuen EU-Mitglieder in Mittelosteuropa mit ihrer langen Erfahrung als "russische" Kolonien oder eines Lebens unter russischer Herrschaft halten einen Zorn gegen die vormaligen Unterdrücker. Östlicher zu werden heißt für die EU zudem, näher an jene Gegend Europas zu rücken, die Russland als sein „vitales Interessensgebiet“ betrachtet. Das allein macht Konflikte erheblich wahrscheinlicher.

Es waren in erster Linie ihre historischen Erfahrungen mit Russland und Deutschland, die Polen, Tschechien und die baltischen Staaten nach Ende des Kalten Kriegs anspornten, energisch erst in die NATO und dann in die EU zu drängen. Doch führte diese europäische Wiedervereinigung zu einer neuen Trennungslinie in Europa, nun etwas weiter im Osten. Jenseits und diesseits dieser Linie wird unterschiedlich interpretiert, was geschah, als der Kalte Krieg zu Ende ging. Während die meisten EU-Bürger von einem Sieg der Freiheit sprechen, begreifen die meisten Menschen in Russland das Ende der Sowjetunion heute als eine Niederlage, die eine enorme narzisstische Kränkung hinterlassen hat. Freiheit assoziieren sie vor allem mit dem „Chaos“ der Jelzin-Jahre. Das macht es dem Kreml und der politischen Elite Russlands leicht, öffentliche Meinung im Land zugunsten eigener Machtinteressen zu manipulieren und die Skepsis gegenüber dem Westen in der Bevölkerung zu bestärken.

Umgekehrt fällt es mittel- und osteuropäischen Politikern umso leichter Russland neoimperialistischer Ambitionen zu zeihen, je weniger demokratisch, je sowjetischer im Stil sich Russland gibt. Ähnlich wie Russland erleben auch Länder wie Polen, die baltischen Staaten und die Ukraine Erinnerungskonflikte. Auch sie bahnen sich mühsam einen Weg durchs Gestrüpp ihrer sowjetischen Vergangenheit. Die Hoffnung auf nationale Selbstständigkeit führte im Baltikum oder in der Ukraine zur Verstrickung eines Teils der Bevölkerung in Ver-

brechen der nationalsozialistischen Eroberer im zweiten Weltkrieg. Auch in Mittel und Osteuropa können Politiker der Versuchung, mit Geschichte manipulative Politik zu machen, oft nicht widerstehen.

Kollektive Erinnerung und Geschichte verstärken sich so gegenseitig in der Skepsis gegenüber Russland auf der einen bzw. gegenüber der EU, dem Westen auf der anderen Seite der neuen europäischen Trennlinie. Zugleich entstehen neue Risse innerhalb der gewachsenen EU zwischen Alt- und Neumitgliedern, die eine konsistente Politik gegenüber Russland und den übrigen östlichen Nachbarn erschwert und die Union insgesamt zu schwächen droht.

Die 13. deutsch-russischen Herbstgespräche wollten solchen Konflikten der Erinnerung auf die Spur gehen. Im Mittelpunkt stand die zentrale Erfahrung des 20. Jahrhunderts in Europa: die totalitären Diktaturen und das Ende des Kalten Krieges.

Gegenstand der Veranstaltung war die Rolle von Geschichte und Erinnerung im aktuellen, angespannten Verhältnis zwischen der EU und Russland. Anhand zweier Beispiele (Polen, Estland) aus der jüngsten Vergangenheit wurde das Verhältnis von politischen Konflikten, geschichtlicher Erfahrung und deren politischer Instrumentalisierung herausgearbeitet sowie die unterschiedlichen Wahrnehmungen von alten und neuen EU-Mitgliedern in diesen Geschichtskontroversen betrachtet.

Schließlich wurden die Möglichkeiten gesellschaftlicher Akteure beleuchtet, die in diesem komplizierten Umfeld versuchen, neue Wege der Verständigung zu finden.

I. Verhärtete Fronten? Zum historischen Kontext der Konfliktlinien zwischen der EU und Russland

Das Eröffnungspanel war zwei übergreifenden Themen gewidmet: dem historischen Kontext der neuen Konfliktlinien in der Russlandpolitik der EU sowie dem Zusammenhang von Geschichtspolitik, kollektiver Erinnerung und neuem Nationalpatriotismus im heutigen Russland. Wo genau liegen die Konfliktzonen zwischen der EU und Russland? Wo verlaufen die neuen Trennlinien, nur zwischen „alten“ EU-Ländern und EU-Neumitgliedern? Welche verschiedenen historischen Erfahrungen und Perzeptionen bestimmen das Russlandbild alter und neuer EU-Staaten? Haben die Kontroversen der letzten Jahre in Europa gegenseitiges Verständnis oder eine neue Entfremdung wachsen lassen? Wie belastbar ist die offiziell bekundete Bereitschaft zur EU-Solidarität? Oder werden historisch verschiedene Sichtweisen einzelner Mitgliedstaaten eine kohärente EU-Russlandpolitik auf lange Sicht verhindern? Rainer Steenblock beantwortet diese Fragen aus der deutschen Perspektive und benennt die Chancen, die er in der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Russland sieht. Boris Dubin beleuchtet aus russischer Sicht die „Resowjetisierung“, die das Land im Zuge seiner nationalen „Wiederauferstehung“ erfasst hat und erläutert das Selbstverständnis Russlands als belagerte Festung. Alexander Graf Lambsdorff zeigt, wie das Verhältnis der EU-Mitgliedsstaaten zu Russland im Europäischen Parlament erlebt wird.

Rainer Steenblock (MdB für Bündnis 90/Die Grünen, Berlin):

Neujustierung im europäisch-russischen Miteinander

Russland hat sich über Jahrhunderte hinweg als Imperium verstanden. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetreiches steht es nun vor der Aufgabe, sich als Nationalstaat neu zu definieren. Das ist ein sehr widersprüchlicher Prozess, der bisher nicht gelungen ist. Andere europäische Staaten, die ebenfalls eine imperiale Vergangenheit haben, hatten für diesen Prozess mehr Zeit und andere Ausgangsvoraussetzungen, denn im Gegensatz zu Russland hat für viele europäische Staaten der Nationalstaat schon ein Stück Geschichte.

Die aktuellen Probleme dieser Staaten sind jedoch ähnlich. Die Globalisierung hat in vielen Nationalstaaten Europas Ängste geschürt und nationalstaatliche Protektionismen entwickelt. Man debattiert darüber, wie man die eigene Wirtschaft abschotten und schützen kann. Diese Tendenz sehen wir auch in Russland. In Verbindung mit der Explosion der Rohstoffpreise konnte Russland seine eigene Wirtschaft relativ gut schützen. Gleichzeitig stellt die Abhängigkeit von Rohstoffen aber auch eine Schwäche der Entwicklung in Russland dar: Zum einen hängt das Land von den Rohstoffkosten ab, zum anderen können die russischen Un-

ternehmen nicht national finanziert werden und sind auf den ausländischen Kreditmärkten extrem verschuldet. Russland bekommt im Augenblick sehr stark demonstriert, wie abhängig es von weltwirtschaftlichen Entwicklungen ist und wie notwendig die Kooperation insbesondere mit der Europäischen Union ist. Verdeutlicht wird dies durch den Wunsch Russlands, in die Welthandelsorganisation aufgenommen zu werden. Gleichzeitig ist der WTO-Beitritt Russlands eine Voraussetzung für ein funktionierendes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU.

Neben der aktuellen Wirtschaftskrise betreffen Russland mittelfristig auch andere Probleme sehr stark, wie z. B. seine demografische Entwicklung. Ich sehe in der Lösung dieser Probleme aber auch eine Chance für Russland, eine nationale Identität zu entwickeln, die dann überführt werden kann in supranationale Strukturen.

In Deutschland gibt es insbesondere in der Sozialdemokratie den aus dem Verständnis der Ostpolitik herrührenden Hang zur Annäherung. Das ist eine Position, die häufig als Anbiederung verstanden wird. Auf die derzeitigen Großmachtambitionen Russlands einzugehen finde ich falsch, ebenso wie die Haltung, dass wir Russland als Rohstofflieferanten brauchen und deshalb vorsichtig mit ihm umgehen müssen. Wir müssen Russland auf den Feldern unterstützen, auf denen es im Augenblick eher schwach ist. Die inneren Probleme dieser Gesellschaft eskalieren, weil Rohstoffe fehlen, die technologische Entwicklung zusammenbricht und es an ausländischem Kapital und an Innovationen fehlt. Demokratie hat viel mit Innovationen zu tun. Eine Gesellschaft, die sich selber die Demokratie amputiert, wird auch im ökonomischen Bereich ihre Entwicklungspotenziale nicht ausschöpfen können. Gedankenfreiheit ist nicht nur eine politische Kategorie, sie bestimmt die gesamte gesellschaftliche Wirklichkeit. Der Menschenrechtsdialog, den Angela Merkel mit Russland führt, ist ein wichtiger Schritt gegen die sozialdemokratische Attitüde der bedingungslosen Zusammenarbeit.

Der Umgang mit der eigenen Geschichte ist nicht nur ein russisches Problem. Auch in den anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks hat nach der Wende eine sehr unterschiedliche, zum Teil nicht sehr radikale Aufarbeitung der Geschichte stattgefunden. In der ehemaligen DDR erfolgte diese Aufarbeitung relativ weitgehend. Ein Thema wie die Kollaboration mit den Nationalsozialisten ist aber beispielsweise in fast allen europäischen Ländern noch immer ein Tabu. Das ist ein Problem der Aufarbeitung nationaler Geschichte und nationaler Schuld, das sehr schnell verdrängt wird, nicht nur in Ost-, sondern auch in Westeuropa.

Die russischen Eliten durchlaufen derzeit dramatische Lerneffekte. Die 25 reichsten russischen Oligarchen haben in den letzten vier Wochen fast 500 Milliarden Dollar verloren. Das ist eine Dimension, die einen nachdenklich macht. Beim Georgienkrieg ist die russische

Armee kaum mit ihrem Material ausgekommen. Ein anderes Beispiel ist die russische Schwarzmeerflotte. Von 70 Schiffen sind maximal 20 einsatzfähig. Die russischen Eliten, die eine Tendenz zu großmächtigen Verhalten haben, stehen vor großen Problemen, aber genau in dieser gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Russland sehe ich auch eine Chance.

Die geplante Stationierung von Raketen in Kaliningrad macht deutlich, in welcher schwierigen Orientierungsphase die russische Außenpolitik zurzeit ist. Militärstrategisch ist diese Stationierung nicht sinnvoll. Ich bin auch kein Freund des Raketenabwehrschields in Polen und Tschechien. Die Reaktion darauf sehe ich jedoch sehr skeptisch. Wir brauchen diese militärischen Strukturen in Mittel- und Osteuropa nicht, auch die NATO braucht sie nicht. Sie passen in das Bild, dass Russland sich bedroht fühlt. Hier sehe ich dennoch eine Chance, um mit Russland ins Gespräch zu kommen.

Ganz klar ist, dass wir gegenüber Russland eine Strategie des aufrechten Ganges brauchen. Wenn man mit Russland über Interessen diskutiert, muss man auch harte Debatten führen. Um unseren Forderungen Gewicht zu verschaffen, brauchen wir jedoch keine Raketen, sondern andere Strukturen, damit die europäischen Interessen, insbesondere in der Energiefrage, tatsächlich ernst genommen und auch geschlossen durchgesetzt werden können.

Boris Dubin (Lewada-Zentrum, Moskau):

Die Rückkehr Russlands zur Großmachtideologie

In den letzten zehn Jahren haben die Regierenden in Russland der Bevölkerung gegenüber die Wiedererlangung des Großmachtstatus zum politischen Grundgedanken gemacht. Im Fernsehen, in den Zeitungen und im Radio wurden die neunziger Jahre als eine Zeit dargestellt, in der Chaos geherrscht und Russland am Rande des Abgrunds gestanden habe. Nun aber, so wurde suggeriert, beginne das Land sich auf sich selbst zu besinnen und erneut zur Großmacht aufzusteigen. Entscheidend wichtig war in diesem Zusammenhang der Rückgriff auf die eigene Vergangenheit. Die Staatsmacht zielte darauf ab, sich neu zu legitimieren, das heißt: auf andere Weise als während der Präsidentschaft Jelzins. Die Grundlage dazu lieferte das Selbstverständnis als Großmacht. Dabei wird das jetzige Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion und diese wiederum als Teil der langen und beeindruckenden Geschichte Russlands gesehen.

Unter Putin wurde der gesamte Regierungsapparat auf diese Vorstellungen ausgerichtet. Zugleich wurde die Herausbildung einer extrem oberflächlichen, eindimensionalen „TV-

Gesellschaft“ betrieben, in der die Menschen viel Zeit vor den Programmen der offiziellen Fernsehkanäle verbringen (wobei im heutigen Russland de facto alle wichtigen Fernsehkanäle in offizieller Hand sind) und zudem ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft nicht verwirklichen, indem sie an deren Leben teilnehmen, sondern indem sie das TV-Spektakel konsumieren, das man ihnen vorsetzt.

Die Ausrichtung auf die Vergangenheit als Großmacht führt auch zu politischen Bestrebungen, neue Schulbücher einzuführen, in denen die „wahre“ Geschichte Russlands dargestellt wird. So kommt es, dass in einer Zeit, in der komplexe politische Entscheidungen getroffen und der breiten Bevölkerung vermitteln werden müssen, diese Signale möglicherweise ungehört verhallen, weil die Menschen nach zehn Jahren der Großmachtrhetorik für nichts anderes mehr empfänglich sind.

Damit das Ziel einer Rückkehr zum Großmachtstatus seine integrative Kraft entfalten konnte, musste man das alte Bild von Russland reaktivieren, demzufolge das Land ein von der restlichen Welt abgeschlossenes politisch-gesellschaftliches Gebilde eigener Art darstellt. Russland wurde somit aufs Neue als eine Art belagerte Festung gesehen, die von feindlichen Nachbarn umgeben sei – in Gestalt der baltischen Staaten, der Ukraine, Georgiens, Polens. Zugleich gewann die Überzeugung an Boden, dass Russland im Westen weder verstanden noch geachtet werde und dass man sich dort gar nicht für Russland interessiere, sondern das Land, seine Rohstoffe, sein gewaltiges Territorium und so fort einfach nur ausnutzen wolle. Diese Vorstellung kam den in der Bevölkerung vorherrschenden Stimmungen entgegen. Heute meinen rund 60 Prozent der erwachsenen Einwohner Russlands, dass die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen niemals freundschaftlicher Art, sondern stets angespannt und feindselig sein werden. Die derzeitige Regierung ist an einer politischen Zuspitzung dieser Frage sehr interessiert, und ein Großteil der Bevölkerung hat dagegen nichts einzuwenden.

Je vielfältiger sich die Beziehungen mit Russland künftig entwickeln werden, desto weniger werden sie ausschließlich Sache einzelner Politiker beziehungsweise der politischen Führungsschicht sein.

Wir sollten nicht außer Acht lassen, dass in den Antworten, die wir erhalten, wenn wir die Bevölkerung nach dem Verhältnis zwischen Russland und dem Westen befragen, auch die Reaktion auf zwei Phänomene enthalten ist, die das russische Bewusstsein empfindlich berühren. Erstens: Sobald die Bevölkerung davon überzeugt ist, dass man Russland droht, zeigt

sie sich in hohem Maße einig. Zweitens: Wenn Russland beleidigt wird, ruft auch dies einen solchen breiten gesellschaftlichen Konsens hervor.

Dennoch sind die Zeiten vorbei, in denen man die Bevölkerung geschlossen hinter eine Großmachtideologie und die Vorstellung von einem Sonderweg Russlands hätte bringen können. Mit diesen Ideen lassen sich die Menschen nicht mehr mobilisieren und einen. Umso wichtiger ist daher die Frage, wer heute als Träger anders gearteter Vorstellungen von der Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft des Landes in Frage kommt. Als der Krieg im Kaukasus begann, wurde das Internet zu dem Ort, an dem sich alternative und differenziertere Informationen auffinden ließen. Dabei versteht sich natürlich, dass heute erst höchstens 10-12 Prozent der russischen Bevölkerung das Internet nutzen, und zwar vor allem die gebildete städtische Jugend. Darüber hinaus gibt es als – wenn auch noch sehr schwache – Keimzellen innerhalb der Gesellschaft verschiedene Vereinigungen, Zusammenschlüsse, Bewegungen und Klubs. Das ist die Gemeinschaft innerhalb der Gesellschaft, mit der man kooperieren sollte und auf die man zählen kann.

Wir dürfen heute nicht von Tag zu Tag, sondern müssen in längeren Zeiträumen denken. Die politische Führung hat alles daran gesetzt, jede Form der Subjektivität zu ersticken, sei es im Bereich der Politik, der Wirtschaft oder der Moral, und um eine von Gleichförmigkeit, Unselbstständigkeit und Passivität geprägte Gesellschaft herbeizuführen. Genau deshalb ist es so wichtig, den Pluralismus zu fördern und dazu beizutragen, dass in der russischen Gesellschaft immer mehr Subjektivität Raum greift. Das bedeutet, dass man etwas für die Zukunft tut – für das Bildungssystem, für die Jugend.

Das Bild von der Vergangenheit, das heute in den Massenmedien und im gesellschaftlichen Bewusstsein vorherrscht, dient in erster Linie der politischen Propaganda. Dem muss eine andere Vergangenheit entgegengesetzt werden, die auch Ambivalenzen und Konflikte umfasst und für die die Menschen so etwas wie Verantwortung empfinden, was derzeit noch nicht der Fall ist. Solange die russische Geschichte so wahrgenommen wird, wie die offiziellen Medien und die Lehrbücher der Schulen und Hochschulen sie heute darstellen, wird sie nie Anschluss an die moderne Welt bekommen – nicht an die von heute und nicht an die von morgen.

Die heutige russische Gesellschaft ist durchaus nicht monolithisch. Es gibt aber nichts, was die Menschen, die anders denken als die Mehrheit, zusammenschweißen würde. Gemeinsam ist ihnen nur, sich in schwieriger Lage über Wasser halten zu müssen. In diese Kreise muss man Ideen, Vorstellungen, Werte und Verhaltensmuster hineinbringen, die anders sind als die Stereotype, die man im Fernsehen zu sehen bekommt.

Für das Bild der russischen Geschichte war stets der Gedanke grundlegend, dass man die russische Gesellschaft nur von oben her einen könne und dass es dazu einer Führungsgestalt bedürfe. Diese Auffassung führt jedoch in eine Sackgasse, denn eine zerspaltene Gesellschaft lässt sich nicht mechanisch einengen. Einen kann man nur real handelnde Menschen, die bereit sind, Entscheidungen zu treffen und für diese Verantwortung zu übernehmen. Deshalb sollten wir unser Augenmerk auf diejenigen richten, die innerhalb der heutigen russischen Gesellschaft als Subjekte handeln. Wir sollten dazu beitragen, dass es immer mehr solcher Menschen gibt, mit ihnen im Gespräch bleiben und gemeinsam mit ihnen handeln. Das bedeutet auch, dass wir eine neue Perspektive einnehmen müssen, denn noch sitzt in vielen Köpfen das Bild von „denen da oben“ und dem „Volk hier unten“. Angesichts der Tendenz zur Vereinfachung der Gesellschaft und der politischen Kultur und angesichts der Aufgaben, vor denen das Land steht, halte ich es für einen wirklich viel versprechenden Weg, den Blick auf die vielen verschiedenen „Russlands“ zu richten.

Als Soziologe weiß ich, wie wichtig die materiellen Interessen für Russland und für jedes andere Land sind. Daneben gibt es aber auch andere Werte und ein Verantwortungsbewusstsein, das als Korrektiv dieser Interessen fungiert, die sonst zu sehr in den Vordergrund zu treten drohen. Es muss gelingen, die Aufspaltung der Gesellschaft zu überwinden, und zwar nicht, indem man auf Vielfalt verzichtet, sondern indem man im Gegenteil Komplexität und Pluralismus sogar fördert.

Zu den Folgen der Politik, die die politischen Führer Russlands während der letzten zehn Jahre praktiziert haben, gehört auch ein „Krieg um das historische Gedächtnis“. Innerhalb Russlands wird eine Art „Bürgerkrieg“ um die Frage geführt, wer im Besitze des „richtigen“ historischen Gedächtnisses ist. Vielleicht kann man sogar schon seit einer ganzen Weile von einem „Weltkrieg des historischen Gedächtnisses“ sprechen, denn zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, darunter der russischen, kursieren verschiedene Versionen, so etwa in Polen, den baltischen Ländern oder der Ukraine. Eine Konfrontation zwischen diesen Erinnerungskonzepten heraufzubeschwören, halte ich nicht nur für wenig hilfreich, sondern sogar für gefährlich. Äußerst wichtig scheint es mir hingegen, diese Vielfalt zu verstehen und einander in Anerkennung der jeweiligen Unterschiedlichkeit zu unterstützen.

Nicht vergessen sollte man, wie groß Russland ist. Der weitaus größte Teil des Landes ist Provinz. Die russische Provinz zu verstehen, zu berücksichtigen und ihr zu helfen, ist äußerst wichtig und notwendig. Ich glaube, dass dies immer mehr an Bedeutung gewinnen wird, und zwar sowohl für die Situation in Russland selbst als auch hinsichtlich der Beziehungen Russlands zu anderen Ländern.

Alexander Graf Lambsdorff (MdEP für die FDP, Brüssel):

Divergierende Geschichtsauffassungen im Europäischen Parlament

Das Zusammenwachsen Europas ist ein schwieriges, von Missverständnisse geprägtes, auch von deutschen Medien oft völlig unverstandenes Unterfangen, das ein Gesamtverständnis der zwei großen Unterdrückungsregime in Europa im 20. Jahrhundert erfordert. Während das deutsche Erinnern an den Nationalsozialismus immer mehr ein historisches, akademisch-abstraktes ist, ist die Erinnerung an die kommunistische Unterdrückung und der Kampf gegen sie in Osteuropa eine biografische. Deshalb ist die Intensität dieser Erinnerung auch so groß. Das möchte ich mit zwei Beispielen, zwei Ereignissen aus dem Europäischen Parlament, verdeutlichen.

Ich wurde 2004, im Jahr der Osterweiterung, ins Europäische Parlament gewählt. Plötzlich war das ein Organ, in dem Europa mit seinen ganzen Geschichtsperspektiven und -erinnerungen zusammenkam. Das machte sich sofort bemerkbar bei der Wahl des Präsidenten des Europäischen Parlaments. Es gab nur zwei Kandidaten, Josep Borrell von der sozialistischen Fraktion und Bronislaw Geremek von der liberalen. Ein ungarischer Abgeordneter fragte Borrell, ob es denn den Sozialisten nicht stören würde, dass er Stimmen von Kommunisten bekäme. Borrell hielt das für eine allein politische Frage! Er brauchte die Stimmen und ihm war völlig egal, wo sie herkommen. Die Antwort des ungarischen Abgeordneten darauf war: "Wir haben in Ungarn erfolgreich gegen die Kommunisten gekämpft, deswegen sitzen wir jetzt hier als Abgeordnete der Europäischen Union, und Sie lassen sich von Kommunisten wählen." Borrell hatte überhaupt kein Verständnis für die tiefere Dimension dieser Fragestellung.

Ein zweites Beispiel: Am 27. Januar 2005, dem Gedenktag der Befreiung des Konzentrationslagers in Auschwitz, sollte wie jedes Jahr ein Aufruf zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verabschiedet werden. Das ist normalerweise ein Vorgang, der keine großen Kontroversen erzeugt, weil man sich zu diesen Themen größtenteils einig ist. 2005 jedoch erhob sich plötzlich im Plenum Vytautas Landsbergis, Europaabgeordneter, Aktivist der litauischen Unabhängigkeitsbewegung, ehemaliger Präsident seines Landes und erklärte: Bevor wir diese Resolution verabschieden können, müssen wir auch der Opfer des Stalinismus gedenken. Diese Bemerkung erzeugte große Unruhe auf der linken Seite des Hauses. Auch hier wurde ein vorrangig historisches Statement in einem politischen Kontext verstanden. Als Resultat bildete sich eine Arbeitsgruppe von Abgeordneten, u. a. aus dem Baltikum und aus Polen, die das Unverständnis im Westen für die mittel- und osteuropäische Geschichtswahrnehmung und das völlige Ausblenden der stalinistischen Unterdrückung nicht einfach hinnehmen wollten und begann, daran zu arbeiten, was man tun kann, um

miteinander ins Gespräch zu kommen. Das Ergebnis war eine schriftliche Erklärung darüber, dass man auch einen Gedenktag für die Opfer des Stalinismus anstreben sollte.

Die Erinnerung der Mittel- und Osteuropäer wird im Moment über den Stalinismus und damit sehr stark als eine Erinnerung gegen Russland definiert. Dabei bürden wir Russland eine Verantwortung auf, der es strukturell nicht richtig nachkommen kann. In Russland gibt es bei der Aufarbeitung der eigenen Geschichte und der Ideologie des Kommunismus ein Vakuum. Das gegenwärtige offizielle Geschichtsverständnis in Russland hat drei Ziele: die vertikale Integration der Gesellschaft über soziale Schichten, die horizontale Integration der Gesellschaft zwischen Zentren und Peripherie und eine beglückende Perspektive, die es möglich macht, kritische Teile der Geschichte wieder zu vergessen und glücklich zu sein. Eine kritische Aufarbeitung der Geschichte ist so nicht möglich. In einem autoritären Regime kann man den von Boris Dubin völlig zurecht eingeforderten Respekt vor anderen Ansichten und anderen Geschichtsauffassungen schwer herstellen. Aber genau daraus entsteht eine offene Gesellschaft, in der verschiedene Geschichtsversionen und -verständnisse diskutiert werden, aus denen dann auch Politik abgeleitet und entwickelt werden kann. Russland kann dies mit seiner inneren Struktur derzeit nicht leisten, daher kommt es mit den Nachbarn in Mittel- und Osteuropa zu Missverständnissen.

Das Verständnis von Geschichtspolitik wird uns also noch begleiten und erfordert politische Positionierung. Wir spüren täglich gegenseitige Missverständnisse. In meinen Augen hat sich dennoch, und das verdanken wir auch den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU, keine Verhärtung der Fronten gegenüber Russland entwickelt, sondern eine erheblich nüchternere Analyse der russischen Interessen.

Die 90er Jahre werden hier als Demokratisierungsphase Russlands verstanden, wenngleich sie in Russland ganz anders wahrgenommen werden. Die innere Demokratisierung in Russland ist nun zum Stillstand gekommen, jetzt wird nach außen versucht, als Großmacht aufzustreben. Das ergibt eine ganz andere Interessenlage Russlands, als es z. B. für eine strategische Partnerschaft nötig wäre. Wir alle sind an einer solchen Partnerschaft interessiert, aber sie setzt eine gewisse Mindesteinigkeit über Werte und Ziele voraus, die derzeit nicht vorhanden ist. Was wir mit Russland haben und immer haben werden, ist eine strategische Beziehung. Deswegen brauchen wir einen nüchternen Dialog mit Russland, der sich auf gemeinsame Interessen wie den Handel, die WTO-Mitgliedschaft, Erleichterungen bei der Visavergabe, Energie-, Wirtschafts- und Sicherheitsfragen konzentriert. Die zentrale Frage für die Politik der EU gegenüber Russland ist: Legen wir mehr Wert darauf, dass wir in der Europäischen Union einheitliche Positionen entwickeln und dann mit einer Stimme sprechen, auch wenn das im Einzelfall bedeutet, nationale Interessen vielleicht nicht hundertprozentig durchsetzen zu können? In Brüssel ist man dazu bereit. Die Politik gegenüber Russland wird

aber nicht in Brüssel formuliert, sondern zwischen den europäischen Hauptstädten und im Rat, in dem die Regierungen zusammen sitzen.

Meine persönliche Auffassung ist, dass wir, wann immer es geht, versuchen müssen, eine einheitliche Linie gegenüber Russland zu vertreten. Das stärkt unsere Position und stellt sicher, dass die 27 EU-Mitglieder zusammenhalten. Das haben wir in den letzten Jahren nur einmal geschafft, nämlich unmittelbar nach der Georgienkrise. Wenn es hingegen um die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen geht, driften die Haltungen weit auseinander.

Die Stärkung der Demokraten in Russland, die zunehmend eingeschüchtert und auch organisatorisch an die Wand gedrückt werden, und damit auch eine Stärkung der Demokratie bleibt letztlich unsere Zielvorstellung. Das ist der breite Konsens in ganz Europa von Ost bis West mit all unseren Erfahrungen aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

II. Gelenkte Bilder? Nationale Geschichtsbilder hinter den aktuellen Konflikten

Das zweite Panel präsentierte eine Nahaufnahme der zwei eklatantesten Fallbeispiele im östlichen „Streit der Erinnerung“: a) Polen und b) Estland. Welche nationalen Geschichtsbilder stehen hinter den aktuellen Konflikten zwischen diesen beiden Ländern und Russland? Wie beeinflussen „schlechte“ historische Erfahrungen unter sowjetischer, bzw. zaristischer Herrschaft den Blick auf das „neue Russland“ von heute? Ist die Wiederbelebung nationaler Opfermythen eine direkte Folge der Erstarkung Russlands? Inwiefern blockieren sie eine konstruktive Russland- und Europapolitik? Welche Rolle spielt der Zusammenhang von Geschichtspolitik, kollektiver Erinnerung und Nationalpatriotismus auf polnischer und estnischer Seite in diesen beiden Erinnerungskonflikten? Wo liegen den Konflikten legitime Sorgen der Mittel- und Osteuropäer, wo reale Bedrohungen ihrer Interessen zugrunde? Vier Referenten diskutierten diese Fragen. Mart Laar verweist auf die dringende Notwendigkeit der Aufarbeitung der Verbrechen des Kommunismus sowie auf die Unterscheidung zwischen der Sowjetunion und dem heutigen Russland. Piotr Buras widerspricht dem Bild Polens als ein Land, das nur aus der Geschichte heraus handelt und zeigt auf, dass in den Geschichtsstreit zwischen Polen und Russland Bewegung gekommen ist. Nikita Sokolov erklärt, wie verzerrt und veraltet das eigene Geschichtsbild Russlands ist und fordert gleichzeitig eine differenziertere Diskussion über Russland. Jens Siegert weist auf die Schwierigkeiten Russlands bei der Erarbeitung seines eigenen Geschichtsbildes und auf die divergierenden Vorstellungen über den Nationalstaat im heutigen Europa hin.

Mart Laar (Historiker, Vorsitzender der Pro Patria Fraktion im estnischen Parlament, ehemaliger Ministerpräsident Estlands, Tallinn):

Die Notwendigkeit der Aufarbeitung beider totalitärer Regime des 20. Jahrhunderts

Die Beschäftigung mit Geschichte ist sehr wichtig. Sie kann Frieden bringen, aber auch neue Konflikte. Das hängt sehr davon ab, ob wir alles, was in der Geschichte passiert ist, mit Menschen, Staaten oder Nationen verbinden, ob wir sie angreifen oder verurteilen oder versuchen, durch Geschichte andere Menschen, Staaten oder Nationen zu verstehen.

Anders steht es mit den Ideologien, die gegen die Menschheit gearbeitet haben, Tod und Vernichtung schon in ihren Programmen hatten und diese dann auch durchgeführt haben. Im 20. Jahrhundert gab es zwei solcher Ideologien: den Nationalsozialismus und den Kommu-

nismus. Diese Ideologien und ihre Verbrechen müssen klar verurteilt werden, sonst kann so etwas wieder geschehen. Der Nationalsozialismus wurde verurteilt, und das hat den größten Teil von Europa demokratisiert. Die Demokratisierung Deutschlands und vieler anderer Staaten wäre ohne diese Verurteilung nicht gelungen. Leider ist dasselbe nicht mit dem Kommunismus passiert, und das ist heute eines der größten Probleme für alle Länder, die im 20. Jahrhundert Opfer des Kommunismus waren. Deutschland hat den Hitler-Stalin-Pakt verurteilt und sich dafür entschuldigt. Der Kreml hat das nicht getan, dabei gingen von diesem Pakt nicht nur der Beginn des Zweiten Weltkrieges, sondern auch Terror, Deportationen, Verbrechen gegen die Menschheit und lange Jahrzehnte sowjetischer Besatzung aus. Vor einigen Monaten hat das Europäische Parlament entschieden, dass der Tag des Hitler-Stalin-Pakts, der 23. August, zum Gedenktag zu Ehren der Opfer des Nazismus und Stalinitismus wird. Im kommenden Jahr sind seitdem 70 Jahre vergangen, und ich denke, wir müssen uns mit diesem Tag beschäftigen.

Das ist kein allein estnisches Problem. Andere Länder haben eigene Gedenktage. In Polen ist dies der 17. September – Angriff Polens durch die Sowjetunion, in Finnland der 30. November – Angriff Finnlands durch die Sowjetunion; es gab Katyń, es gab die Okkupation Estlands, Litauens, Lettlands, die Teilung Rumäniens usw. Als Resultat dessen, was passierte, haben die meisten dieser Länder im Zweiten Weltkrieg in der einen oder anderen Form auch gegen die Sowjetunion gekämpft. Sie wollten weder ein nationalsozialistisches, noch ein kommunistisches System, sondern sie wollten Freiheit. Sie wollten ihre Selbständigkeit wiederherstellen, bevor die sowjetische Armee kam. In Warschau und Tallinn ist 1944 dasselbe passiert. Alle diese Nationen haben sowohl gegen die deutschen, als auch gegen die sowjetischen Soldaten gekämpft. In der Sowjetunion hieß es dann, dass diese Menschen Faschisten waren, die gegen die Sowjetunion gekämpft haben. Das ist nicht wahr! Diese Länder wollten in keiner totalitären Ideologie untergehen – sie wollten frei leben und wurden Opfer beider totalitären Systeme.

Es ist aber falsch, heute zu sagen, dass ein Land oder eine Nation Opfer Russlands ist. Estland ist ein Opfer der kommunistischen Sowjetunion, aber nicht Russlands. Ich selbst stamme aus einer typisch estnischen Familie – mein Großvater wurde von Nazis getötet, der Großvater meiner Frau von Kommunisten erschossen. Wenn wir über die Verbrechen des Kommunismus sprechen, dürfen wir jedoch nicht Russland oder die Russen dafür verantwortlich machen, denn Russland selbst ist eines der größten Opfer des Kommunismus.

Ich denke nicht, dass die historische Erfahrung Estlands eine vernünftige Politik gegenüber dem russischen Nachbarn behindert. Geschichte ist Geschichte, und wir unterscheiden zwischen Russland und dem Kreml. Wir unterhalten mit Russland normale wirtschaftliche Bezie-

hungen, auch wenn viel vom Kreml abhängt. Wie schon gesagt wurde, führt der Kreml heute eine Politik, die sich gegen Zusammenarbeit wendet. Russland führte und führt Wirtschaftskriege gegen seine Nachbarn, deshalb haben die meisten dieser Länder ihren Handel und ihre Wirtschaft nach Westen umorientiert. Das gilt auch für Georgien, gegen das Russland schon vor drei Jahren eine Wirtschaftsblockade verhängt hat. Georgische Mineralwasser, Weine und andere Lebensmittel dürfen nicht nach Russland importiert werden, weil sie als gefährlich gelten. Als Resultat hat Georgien nun seine Wirtschaft erfolgreich nach Westen umorientiert.

Leider hat Europa auf diese Wirtschaftsblockade nicht reagiert. Ich denke, Europa muss sich mehr mit Russland beschäftigen, aber auch mehr mit sich selbst. Russland ist kein Problem, wenn Europa sich einig ist.

Auch der Krieg in Georgien hat etwas mit Geschichte zu tun. Nicht viele Menschen erinnern sich daran, dass Georgien von 1918 bis 1921 ein selbständiger Staat war. Dann wurde es von der Sowjetunion angegriffen und annektiert. Diese Erinnerung hat auch jetzt bei vielen Entscheidungen eine Rolle gespielt. 1921 haben die Georgier nicht gekämpft. Von Zchinwali bis Tiflis sind es 70 km, und die Erinnerung an Prag und Budapest, die geschichtliche Erfahrung war da. Gut oder schlecht – das können wir diskutieren, aber sie war in allen politischen Entscheidungen präsent.

Zur Frage, inwieweit sich die baltischen Staaten mit dem Antisemitismus auseinandergesetzt haben, versuche ich nicht für alle baltischen Länder zu sprechen. In Estland gab es keinen aktiven Antisemitismus. Wir sind uns darüber einig, dass der Antisemitismus ein Verbrechen gegen die Menschheit war, das man, ebenso wie gesamte Geschichte des Holocaust, aktiv aufarbeiten muss. Natürlich können wir in Estland stolz darauf sein, dass wir zu den Ländern gehören, in denen es nicht gelungen ist, in der zivilen Bevölkerung Pogrome gegen Juden zu organisieren. Trotzdem haben auch Esten an Massakern an Juden teilgenommen. Alle diese Menschen sind Verbrecher. Auch in Litauen gab es einige Menschen, die am Holocaust teilgenommen haben und die auch vor Gericht standen.

Man kann nicht die Verbrechen der Nazis dadurch entschuldigen, dass man an Verbrechen des Kommunismus teilgenommen hat, genauso wenig ist das umgekehrt möglich. Unsere heutige Aufgabe besteht darin, die kommunistischen Verbrechen in derselben Weise zu verurteilen wie die Verbrechen des Nationalsozialismus. Das ist die wichtigste Frage, und darin können wir uns auch einig werden.

Piotr Buras (Gazeta Wyborcza, Warschau):

Die Auseinandersetzung Polens mit seiner Geschichte und deren Einfluss auf die heutige Russlandpolitik Polens

Die Meinung, dass Polen zu den am meisten geschichtsversessenen Ländern in Europa gehört, ist weit verbreitet. Sie bekommt immer wieder neue Nahrung, wenn polnische Abgeordnete im Europäischen Parlament die stalinistischen Verbrechen bei allen möglichen Gelegenheiten in Erinnerung rufen, wenn der polnische Verteidigungsminister und jetzige Außenminister die Ostseepipeline mit dem Hitler-Stalin Pakt vergleicht oder wenn der frühere polnische Premierminister Kaczyński als Genugtuung für die Millionen Toten, die im Zweiten Weltkrieg gefallen sind, mehr Stimmen für Polen im EU-Rat verlangt. Polen pocht auf einen harten Kurs gegenüber Russland. Dies sei – so die gängige Lesart der polnischen Politik – ein besonderes prägnanter Ausdruck der auf historischen Erfahrungen basierenden Stereotypen und manchmal unzeitgemäßen Beurteilungen oder Wahrnehmungen der internationalen Wirklichkeit, die Polen charakterisieren sollen.

An diesem Urteil ist zweifelsohne etwas dran. Inwieweit können Polen und seine Eliten dabei aber als ein Monolith betrachtet werden? Die affirmative Geschichtspolitik, deren Ziel die Stärkung des nationalen Selbstbewusstseins sein soll, ist Gegenstand einer politischen Auseinandersetzung in Polen geworden. Natürlich legt sich die Vergangenheit (also die Teilungen, die russische Herrschaft über die polnischen Gebiete im 19. Jahrhundert, die Besetzung des damaligen Ostpolens im Zweiten Weltkrieg und der aus der Sowjetunion importierte Stalinismus) wie ein Schatten über Polens Beziehungen zu Russland. Ohne diese jahrhundertelange Vorgeschichte wäre vieles an langen Wegen und Umwegen der letzten 20 Jahre nicht zu erklären. Das ist aber eine Feststellung, die sich auf die meisten bilateralen Verhältnisse zwischen europäischen Nationen anwenden ließe.

Viele Kommentatoren aber behaupten, dass es primär die althergebrachten Vorurteile über Russland bzw. auch manipulierte Geschichtsbilder sind, die die polnische Russlandpolitik bestimmen und ihre rationale Ausrichtung verhindern. Dieser These möchte ich widersprechen und die herausragende Bedeutung relativieren, die der Geschichte der Polen als vermeintlicher Antrieb der polnischen Russlandpolitik zugeschrieben wird. Es ist nicht die historische Verblendung der polnischen Eliten, die eine realistische Einschätzung Russlands unmöglich macht, sondern diese Einschätzung sowie die aus ihr hergeleitete Politik sind in erster Linie eine Konsequenz von handfesten Interessenunterschieden zwischen diesen Ländern. Der mit Abstand wichtigste von ihnen betrifft die Politik gegenüber den Ländern Osteuropas, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ihre Unabhängigkeit erlangt haben.

Wie aktuell und brisant dieses Thema ist, zeigen die Ereignisse der letzten Tage. Der polnische Außenminister Sikorski hat in dieser Woche in Washington seine strategische Doktrin vorgestellt. Ein wichtiger Punkt dieser Doktrin war, dass ein eventueller Angriff Russlands gegen die Ukraine eine unmittelbare Bedrohung der europäischen Sicherheitsordnung wäre und somit einen Bündnisfall für die NATO darstellen sollte. Dies war eine Antwort auf die so genannte „Putin-Doktrin“, die der russische Premierminister im Zusammenhang mit der Georgienkrise dargelegt hat. Unter den mittlerweile berühmt gewordenen fünf Punkten erregten vor allem zwei Aufsehen in Polen, nämlich die angekündigte verstärkte Unterstützung Moskaus für die russischen Minderheiten in den Nachbarstaaten und die Definition einer Zone der russischen Sonderinteressen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Während Russland diese Staaten als seinen Einflussbereich betrachtet, ist in Polen ihre allmähliche Integration in Europa Teil der Staatsraison. Realpolitisch gesehen sind beide Positionen verständlich. Hinter ihnen stehen harte Sicherheitsinteressen. Sie erklären sich aus der aktuellen Lage und sind nicht primär auf historische Vorurteile zurückzuführen. Das Bild Russlands, das wahrscheinlich am stärksten in die polnische Wahrnehmung eingepägt ist, ist das eines Imperiums. Mit diesem Imperium hat sich Polen in der Vergangenheit sehr intensiv auseinandergesetzt, und auch die Frage der Politik gegenüber den unmittelbaren Nachbarstaaten Ukraine und Belarus ist unter diesem Gesichtspunkt zu sehen.

Ein Zeichen für eine gewisse Entpolitisierung der historischen Themen im polnisch-russischen Verhältnis ist für mich die Polnisch-Russische Kommission für schwierige Angelegenheiten, die bereits 2002 von der russischen und der polnischen Regierung ins Leben gerufen wurde. 2008 wurde sie erneut hochkarätig besetzt. Als Donald Tusk vor einigen Monaten nach Moskau geflogen ist und sich mit dem damaligen Präsidenten Putin traf, hat er das strittige historische Thema Katyń nicht einmal angesprochen, sondern es auf diese Kommission delegiert, die darüber vor einigen Wochen diskutiert hat. Das ist eine Neuerscheinung im polnisch-russischen Verhältnis. Katyń und der Hitler-Stalin-Pakt sind die zwei wichtigsten Fragen, die in der Kommission erörtert werden. Als Ergebnis der Beratungen wurde ein Dokument publiziert, in dem beide Regierungen aufgerufen werden, die Aufklärung der Katyń-Frage und Beilegung dieses geschichtspolitischen Streites zu unternehmen. Dieses Dokument wurde von Vertretern des regierungsnahen Umfelds der russischen Regierung unterzeichnet und zeugt davon, dass Bewegung in den polnisch-russischen Geschichtsdiskurs gekommen ist.

Es gibt jedoch keine bilateralen Streitpunkte zwischen Russland und Polen, die nur annähernd mit der gemeinsamen Nachbarschaft zu vergleichen wären. Die Ostseepipeline etwa

ist vor allem ein polnisch-deutsches Problem, das Fleischembargo konnte nur wegen Ungeschicklichkeiten der polnischen Diplomatie dermaßen politisierte Bedeutung erlangen.

Die Haltung des polnischen Präsidenten zum Georgienkrieg war natürlich Gegenstand einer öffentlichen Diskussion in Polen. Dass Kaczyński sofort seine Unterstützung für Saakaschwili erklärt hat und praktisch ohne Absprache mit der Regierung nach Tiflis geflogen ist, um dort Solidarität zu verkünden, wurde von Seiten der Regierung und eines Teils der polnischen Öffentlichkeit nicht unbedingt mit Wohlwollen registriert.

Die zwei wichtigsten Schritte, die zu einer Stärkung der Position der EU gegenüber Russland führen könnten, sind die Stärkung der gemeinsamen europäischen Energiepolitik und der gemeinsamen europäischen Nachbarschaftspolitik. Diese zwei Felder haben nicht direkt mit Russland zu tun, aber sie sind sehr wichtig für die europäische Position gegenüber Russland, denn eine Stärkung der europäischen Russlandpolitik kann nur auf den Nebenschauplätzen erfolgen. Die EU muss imstande sein, gegenüber Russland handlungsfähig zu sein und eine gemeinsame Position zu entwickeln.

Nikita Sokolov (Historiker, Chefredakteur der "Otetschestwennyje Sapiski", Moskau):

Das verzerrte Geschichtsbild in Russland

Meiner Meinung nach ist das Problem der russischen Geschichtsidentität tief greifender, als es hier dargestellt wurde. Seine Wurzeln reichen viel tiefer, und es bedarf viel grundsätzlicherer Maßnahmen, um es zu verändern. Die Menschen bewegen sich ja nicht in der objektiven Geschichte, wie die Wissenschaft sie beschreibt, sondern innerhalb eines Geschichtsbildes, für das die Populärliteratur, Filme und teilweise der Schulunterricht prägend sind. Die Diskrepanz zwischen dem Geschichtsbild des Durchschnittsbürgers, der sich nicht gezielt mit historischen Fragen befasst, und einem wissenschaftlich fundierten Geschichtsbild ist in Russland um ein Vielfaches größer als in jedem anderen europäischen Land, das ich kenne. Es geht dabei um eine Geschichte, die nicht von Individuen ausgeht. In ihr handelt nicht der Mensch, nicht die Persönlichkeit, sondern es agieren große Massen, es agieren Nationen, die vom jeweiligen Staat repräsentiert werden. Im Verständnis des russischen Durchschnittsbürgers und -politikers ist der Staat das einzige Subjekt der Geschichte. Diese Auffassung steht in diametralem Gegensatz zu jener, die dem modernen europäischen Bewusstsein eigen ist. Im russischen Bewusstsein trägt der Einzelne keine Verantwortung für die Geschichte. Ohne allzu sehr zu übertreiben, kann man sogar sagen, dass der russische Durch-

schnittsbürger dem Lauf der Geschichte einen teleologischen Charakter zuspricht. Mit anderen Worten: Die Geschichte gilt als ein dem menschlichen Willen nicht unterworfenen Subjekt eigener Ordnung. Und so kommt es, dass wir uns mit so wahrhaft furchtbaren Dingen konfrontiert sehen wie zum Beispiel ein nagelneues Lehrbuch der Geschichte, in dem die Repressionen unter Stalin als die Folge „spontaner Widersprüche“ ausgelegt werden, die sich „im Zuge der sozialistischen Modernisierung ergaben“ – als ob im Zuge jeder Modernisierung gesetzmäßig spontane Spannungen aufträten, die massenhafte Repressionen nach sich ziehen. Aber so erübrigt sich die Frage nach den Handlungen und Verbrechen konkreter Menschen. Das ist die eine Seite der Sache: Das Wesen der Geschichte selbst ist im russischen gesellschaftlichen Bewusstsein verzerrt.

Der zweite äußerst wichtige Aspekt besteht darin, dass das Konstrukt der russischen Geschichte über 200 Jahre hinweg unverändert geblieben ist, seit Nikolaj Karamsin 1816 erstmals eine für die allgemeine Leserschaft gedachte Geschichte Russlands schrieb. Karamsin entwickelte eine spezielle Sichtweise, die es ermöglicht, die Geschichte Russlands und beliebige Ereignisse in ihr so zu betrachten, dass Russland als Opfer erscheint. In den Augen des russischen Durchschnittsbürgers ist Russland stets Opfer und ein Objekt von Aggressionen. Nur indem es auf diese Aggression von außen reagiert und sich verteidigt, marschiert es selbst vor. Wenn das Fürstentum Moskau bis an den Pazifik ausgedehnt wurde und sich sogar Polen einverleibte, so ausschließlich im Zuge von Verteidigungskriegen.

Dieses auf Karamsin zurückgehende Konstrukt ist äußerst wichtig und hält sich hartnäckig. Der Kerngedanke ist folgender: Die Russen haben schon immer inmitten einer feindlichen Umgebung gelebt. Anfangs standen ihnen die Nomadenvölker der Steppen gegenüber, später waren es die deutschen Ordensritter mit ihrem „Drang nach Osten“ und im 20. Jahrhundert schließlich die Amerikaner. Angesichts dieser Feindseligkeit von außen müssen alle materiellen und ideologischen Ressourcen in einer Hand vereinigt werden, so dass sie optimal verfügbar sind. Daher braucht Russland zwingend eine autoritäre Führung. Die Demokratie, die Entscheidungsprozesse verkompliziert und verlangsamt, ist für Russland in keiner Form geeignet. Das Land ist eine permanent belagerte Festung, und die Garnison einer belagerten Festung muss die militärische Disziplin aufrechterhalten. Dabei sind die Menschenrechte von sekundärer Bedeutung. Die Rechte des Einzelnen dürfen vernachlässigt werden, denn vor allem muss die belagerte Festung sich weiterhin verteidigen und standhalten. Dass ein solches Geschichtsbild sowohl für uns selbst als auch für unsere Nachbarn schwerwiegendste Folgen haben muss, ist leicht einzusehen.

Im vorletzten Jahr entstand der Film „1612“. Er war eines der großen Projekte, die die derzeitige Kreml-Administration verwirklichte, um wieder ganz und gar das Bild von einem Reich

im Zustand der Verteidigung erstehen zu lassen. Der Film war kein Erfolg, weil er völlig stümperhaft gemacht war und sich in himmelschreiender Weise über alle historischen Quellen hinwegsetzte. Wer den Film gesehen hat, dem wird aufgefallen sein, dass die Drehbuchautoren an einer Stelle, an der endgültig das eine nicht mehr zum anderen passt, als wundersame Lösung ein märchenhaftes Einhorn auftauchen lassen. Genau so wird auch bei Widersprüchen im Massenbewusstsein vorgegangen – wenn das eine nicht mehr zum anderen passt, berufen wir uns auf irgendein Wunder.

Wenn die hier Anwesenden von Russland sprechen und davon, wie wir mit Russland umgehen sollten, bitte ich allerdings zu bedenken, dass Russland nicht gleich Russland ist und dass das Land wirklich Sonderstatus hat. Zu den Ereignissen des Jahres 1917, also zur Großen Oktoberrevolution, existieren diametral entgegengesetzte Auffassungen. Das liegt daran, dass in Russland der Bürgerkrieg, der in Wahrheit gar nicht 1917, sondern schon 1905 begann, nie wirklich beendet wurde. Ein Bürgerkrieg kann nicht mit dem militärischen Sieg einer der beteiligten Seiten beendet werden. Jeder Bürgerkrieg endet durch irgendeine nationale Übereinkunft, ob nun in Form einer Verfassunggebenden Versammlung oder einer Ständeversammlung, aber in jedem Falle müssen die Menschen sich darauf einigen, wie sie es gemeinsam weitergehen soll. In Russland ist eine Verfassunggebende Versammlung nicht zustande gekommen. Der Gründungsprozess, der nach der Perestrojka einsetzte, brach infolge der Ereignisse von 1991 bis 1993 ab. Russland ist bis heute eine gespaltene Gesellschaft, in der ein „heißer“ Bürgerkrieg zu einem „kalten“ geworden ist, aber immer noch kein Ende gefunden hat. Es gibt das Russland von Dserschinski und Stalin, und es gibt das Russland von Schalamow und Solschenizyn. Welches von ihnen das wahre Russland ist, müsste eine Verfassunggebende Versammlung bestimmen, die nie zustande kam. Nietzsche unterscheidet drei Arten von Geschichte. Zwei davon sind für uns in besonderer Weise von Bedeutung: die „monumentale Historie“, bei der die Menschen auf die großen Taten ihrer Vorfahren stolz sind, und die „kritische Historie“, bei der sie die Vergehen ihrer Vorfahren beklagen. In diesem Sinne gibt es zwei Russlands: das eine hängt der monumentalen Historie an, das andere der kritischen.

Warum gedenkt man in Russland nicht kollektiv aller Opfer der Repressionen unter Stalin? Versuchen Sie sich einmal vorzustellen, dass es in Deutschland keine Entnazifizierung gegeben hätte und im Bundestag eine große Fraktion der NSDAP säße. Ungefähr so hat es sich historisch in Russland ergeben, und deshalb gibt es kein allgemeines Gedenken.

Was den Holodomor [Hungersnot 1932/33 in vielen Teilen der UdSSR mit zahlreichen Todesopfern insbesondere in der Ukraine] angeht: Das ist wirklich ein besonders bedrückendes

und schreckliches Thema, zu dem ich keinesfalls für das ganze große Russland Stellung nehmen kann. Auch an dieser Frage zeigt sich, wie zersplittert und mosaikartig die russische Gesellschaft ist. Sie ist politisch und demgemäß auch in ihrer Einschätzung des Holodomor gespalten. Ob die Hungersnot als Genozid zu gelten hat oder nicht, müssen die Geschichts- und Rechtswissenschaftler klären. Definitiv sehen jedoch alle seelisch gesunden russischen Bürger diese Ereignisse als Tragödie und als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit an, und zweifelsohne haben sie Mitgefühl mit ihren ukrainischen Brüdern und sind mit ihnen uneingeschränkt solidarisch. Aber als wir vor zwei Jahren für eine Ausgabe unserer Zeitschrift einen Aufsatz über den Holodomor brauchten, konnten wir dazu keinen russischen Autor ausfindig machen, sondern nur die Arbeit eines Professors der Universität von Neapel. Hintergrund ist, dass keine der beiden Seiten, weder die russische noch die ukrainische, sich auch nur annähernd an die für uns maßgeblichen Regeln der formalen Logik hält. Und wir haben beschlossen, in unserer Zeitschrift „Otetschestwennye Sapiski“ („Vaterländische Annalen“) keine Artikel mehr abzdrukken, die gegen diese Regeln verstoßen. Beide Seiten – sowohl der bekannte Demagoge Satulin, der derzeitige Hauptwortführer der antiukrainisch Gesonnenen in Russland, als auch die ukrainische Rechte – überspannen den Bogen erheblich und verletzen die wissenschaftliche Objektivität. Überlassen wir es den Wissenschaftlern, die Dinge genau zu klären. Die Völker aber müssen sich versöhnen und die Vergehen dieses verbrecherischen Regimes gemeinsam beklagen. Und dieser Prozess ist im Gange.

Jens Siegert (Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau):

Schwierigkeiten der Identitätsbildung in Russland

Im Gegensatz zu Russland haben seine Nachbarn, diese ehemaligen, wenn man so will, Kolonien des russischen Imperiums, den Vorteil, dass sie sich bei der Herausbildung eines eigenen Nationalbewusstseins von einem ehemaligen Imperium abgrenzen können. Natürlich ist das nur ein Teil ihrer Identitätsbildung, aber ein nicht unerheblicher. Die Möglichkeit, sich von einem Unterdrücker abzugrenzen, hat Russland nicht. Zu sehr ist das Land mit der Sowjetunion verwachsen. Die Identitätsbildung als Opfer des sowjetischen Imperiums in Mittel- und Osteuropa führt zu einer Art Russifizierung der sowjetischen Geschichte, die in Russland als ungerecht empfunden wird. Die Sowjetunion wird darin vor allem als ein russisches Imperium wahrgenommen, die Verbrechen der Sowjetunion als die eines russischen Staates. Die Russen werden so zu einem Tätervolk. Was passiert aber mit den russischen Opfern und den nichtrussischen Tätern der Sowjetunion? Weil man sich in Russland gleichzeitig sehr schwer tut, die Verbrechen des Kommunismus ähnlich abzulehnen und zu verurteilen

wie die des Nationalsozialismus (derzeit gibt es sogar ein ungeschriebenes Verbot, beide im Fernsehen zu vergleichen), kommen die gegenwärtigen Machthaber und die von ihnen dominierte Mehrheitsmeinung in Russland in einen großen Widerspruch. Wir Deutschen haben es relativ einfach mit unserer totalitären Geschichte: Unsere inzwischen tief verinnerlichte Erfahrung ist, dass aus Bösem nur Böses kommen kann (aus dem Nationalsozialismus, aus Hitler). In Russland ist das weit gebrochener. Dort gibt es das Problem, dass auch Böse manchmal etwas Gutes tun. Stalin war der unumschränkte Herrscher der Sowjetunion, die den mörderischen nationalsozialistischen Angriff abgewehrt hat. Unter Stalin wurde die Sowjetunion zu einer von zwei Großmächten der Welt. Auch deshalb entstand aus dem Ende der Sowjetunion in Russland erst einmal kein Impuls in Richtung eines eigenen nationalen Narrativs, wie das in anderen Ländern möglich war. Russlands Ausgangspunkt war in dieser Hinsicht also sehr viel schwieriger.

In Polen oder den baltischen Ländern herrscht ein gerechter Geschichtszorn gegenüber Russland. Er bestimmt weitgehend die Debatte, wie man heute mit Russland umgehen soll. Dort ist entsprechend die Skepsis gegenüber Russland wesentlich stärker ausgeprägt als in Westeuropa. Dabei geht es nicht um einfache Vorurteile, wie oft unterstellt wird, sondern um durchaus gut und historisch begründete Urteile und Erfahrungen, die diese Gesellschaften mit russischen, von Russland dominierten oder aus Moskau regierten Staaten gemacht haben. Diese Skepsis ist also moralisch und ethisch berechtigt. Das Problem ist, dass sie politisch oft unpraktisch ist. Selbst wenn es hinter dem berühmten Streit um das polnische Fleisch seriöse Gründe gegeben hat, ist dieser Streit irgendwann in den Augen vieler Leute lächerlich geworden.

Es geht aber eigentlich gar nicht mehr um die Geschichte, also darum, was wann wie passiert ist, sondern darum, wie wir heute mit Russland umgehen und wie wir es schaffen, eine Politik zu entwickeln, die Interessen von Urteilen und Vorurteilen trennen kann. Ein zweiter und noch wichtigerer Punkt, der insbesondere für Russland gilt: Es geht im sehr stark um Innenpolitik, sehr viel weniger um Außenpolitik. Das Bild einer belagerten Festung, das in Russland in den vergangenen Jahren sehr intensiv und sehr erfolgreich aufgebaut worden ist und von vielen Menschen in Russland auch so geglaubt wird, ist ein Mittel zur Festigung der Macht der gegenwärtigen Regierung und hat mit dem Verhältnis zu den Nachbarn nur vermittelt was zu tun.

Auf direktem Konfrontationskurs sind Russland und die EU dennoch sicher nicht. Beide Seiten verstehen, dass das unklug wäre. Aber Konflikte, unterschiedliche Interessen und Auseinandersetzungen gibt es natürlich. Es gibt ein grundsätzliches gegenseitiges Missverständnis, das auch aus historischer Erfahrung erwächst, und das es immer wieder sehr schwierig

macht, aufeinander zuzukommen. Das Grundtrauma, das die EU antreibt, sind die 300 Jahre „europäischer Bürgerkrieg“ nach dem westfälischen Frieden, die im Zweiten Weltkrieg geendet haben und aus denen die der EU angehörigen Staaten den Entschluss gezogen haben, dass man heute nur friedlich miteinander auskommt, wenn jedes Land, insbesondere die großen Länder, freiwillig auf einen Teil seiner Souveränität verzichtet. Dieser Verzicht hat in den Augen der meisten Menschen in der EU, ganz offensichtlich auch in den Augen derer, die nach 1990 beigetreten sind und derer, die noch beitreten wollen, großen Erfolg gehabt. Es ist tatsächlich in dem Teil Europas, der der EU angehört, friedlich geblieben. Die Länder und Staaten führen keinen Krieg mehr gegeneinander.

Das Grundtrauma vieler Menschen in Russland dagegen ist der Zerfall der Sowjetunion, also ein Desintegrationsprozess. Bei vielen Menschen gibt es bis heute die Befürchtung, dass er nicht beendet sein könnte und dass auch Russland zerfallen könnte. Das hat auch etwas damit zu tun, dass viele Menschen in Russland kein Gefühl für die Grenzen des Landes haben. Die heutige, völkerrechtlich verbindliche Grenze Russlands ist im Gefühl vieler Menschen noch nicht angekommen, ja, sie wird oft als „widernatürlich“ angesehen. Das gilt insbesondere in Bezug auf die Ukraine und auf Belarus, ein bisschen auch auf Georgien. In Bezug auf die baltischen Länder wird die Grenze im Wesentlichen akzeptiert.

Putin ist nun derjenige, der dem Land die Medizin „Zentralisierung“ als Gegenmittel gegen die Gefahr des Zerfalls verschrieben hat. Er stößt damit auf sehr große Zustimmung. Dieses Konzept widerspricht dem EU-Konzept des freiwilligen Souveränitätsverzichts und des Versprechens von Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand. Letzteres übt einen relativ großen und positiven Einfluss auf den Osten und teilweise auch auf Russland aus und wird in Russland als Bedrohung der eigenen Integrität wahrgenommen. Wie man mit diesen unterschiedlichen historischen Erfahrungen umgeht, ist wahrscheinlich eher eine Frage von Praxis, als dass man das theoretisch lösen könnte.

Ich glaube, dass wir es im Westen Russland manchmal zu einfach machen. Das hat etwas damit zu tun, dass es eine Art wohlmeinende Unaufrichtigkeit gegenüber Russland gibt. Wenn wir z. B. sagen, die NATO-Erweiterung sei nicht gegen Russland gerichtet, dann lachen in Russland alle. Polen und die baltischen Länder wollten in erster Linie deshalb schon Anfang der 90er Jahre in die NATO, um Schutz gegen Russland zu haben, um die Sicherheit zu gewinnen, nicht irgendwann wieder Teil des russischen Imperiums zu werden. Das wird in Russland natürlich auch so wahrgenommen. Eine ähnliche Unaufrichtigkeit gab es aus meiner Sicht gegenüber Georgien. Die Unterstützung für Saakaschwili war nicht darin begründet, dass Georgien so ein wunderbar demokratisches Land ist, das die westlichen Werte einhält. Die Regierung Saakaschwili ist eine demokratisch an die Macht gekommene, aber

keine demokratische Regierung. Die starke Unterstützung Georgiens direkt nach Beginn des Krieges hat aus russischer Sicht etwas damit zu tun, dass sie sich gegen Russland richtete. In solchen Fragen müssen wir viel stärker differenzieren und mit unseren Äußerungen vorsichtiger sein, weil wir damit in Russland viel Unheil anrichten.

III. Neue Wege zu Aufklärung und Dialog: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Akteure

Wie kann ein Prozess der „Europäisierung der Erinnerung“ in Gang kommen, in dem ein besseres Klima der Verständigung gefördert wird? Wie kann ein zivilisierter Dialog ermöglicht werden, der auf einer Anerkennung unterschiedlicher historischer Erfahrungen beruht? Was können gesellschaftliche Initiativen zur Auflösung der verhärteten Fronten beitragen? Welche Denk- und Handlungsansätze gibt es bereits innerhalb der einzelnen Staaten und grenzübergreifend, welche neuen Foren sollten entwickelt werden? Diese Fragen wurden im Abschlusspanel der Herbstgespräche diskutiert.

Wolfgang Templin erinnert daran, wie die Bürgerrechtler der DDR nach einem eigenen Geschichtsbild suchten, aber auch daran, wie sie dabei von Oppositionellen aus Osteuropa unterstützt wurden. Piotr Mitzner spricht über die Schwierigkeiten bei der Vermittlung von liberalen Werten an junge Menschen, bei denen er eine radikale Geschichtsauffassung beobachtet und unterstreicht die Bedeutung der Diskussion innerhalb Polens über die eigene Geschichte. Raul Rebane erläutert die Probleme, die in der Kommunikation zwischen einzelnen Staaten existieren. Jan Ratschinskij spricht über die Suche nach gemeinsamen Ausgangspunkten der Geschichtsbetrachtung und warnt erneut vor einer Gleichsetzung der Sowjetunion mit dem heutigen Russland. Stefan Melle fasst abschließend zusammen, welche Akteure bei der Entstehung von Geschichtsbildern mitspielen und fordert eine kritische, enttabuisierte Geschichtsbetrachtung auf allen Ebenen.

Wolfgang Templin (freier Publizist, Berlin):

Die Suche nach der eigenen geschichtlichen Identität in der DDR

Der Ausgangspunkt jahrzehntelanger Herrschaft der Kommunisten in der Sowjetunion und den Ländern des Ostblocks schloss eine fundamentale Verfälschung und Manipulation von Geschichte ein. Umgekehrt waren gesellschaftlicher Widerstand gegen Unfreiheit und Unterdrückung, Dissidenz und Opposition auch immer ein Kampf um die Rückgewinnung der Geschichte, den Zugang zu authentischen Informationen, Erinnerungen und deren Vermittlung in die Gesellschaft. In den 70er und 80er Jahren stellten wir uns in der DDR diese Frage nach der Rückgewinnung der Geschichte. Das klingt so selbstverständlich, aber wie sollte man das anstellen? Wie kommt man an die Literatur, an die Informationen, an die Personen heran? Wie kann aus dem kleinen Kreis, der danach sucht und solche Informationen sammelt, dann die Rückvermittlung in die eigene Gesellschaft passieren? Wie kann man in ei-

nem Land, das keine Öffentlichkeit kennt, einen unabhängigen Zugang zur Geschichte organisieren?

Für mich begann dieser Zugang mit der Literatur: Memoirenliteratur, die zeigte, welche lange demokratische Tradition in Russland existierten, Exilliteratur wie Solschenizyns „Archipel Gulag“, die Memoiren der Kronstädter Aufständischen, der ermordeten Menschewiki, Sozialrevolutionäre der oppositionellen Kommunisten – so fing unser Rückgang in die Geschichte an.

Die Fragen der Gleichschaltung der Komintern oder die Dissidenten und Oppositionellen der späteren Generation, das war schon ein Ausgangspunkt, der uns die Differenzierung, die hier wunderbar auf den Punkt gebracht wurde, lebensprägend klar machte. Russland ist nicht die Sowjetunion, und auch die sowjetische Gesellschaft sind nicht die jeweiligen Machthaber. Diese Unterscheidung hat uns über die Jahrzehnte hinweg als Oppositionelle vor jeder grundsätzlichen Phobie geschützt.

In den 70er und 80er Jahren kam die Wahrnehmung der unabhängigen Geschichtsauseinandersetzung in den Nachbarländern dazu. Wie haben sich die tschechischen Oppositionellen oder die Aktivisten der Charta mit ihrer jüngsten Geschichte beschäftigt? Welche Geschichtsinitiativen wachsen aus der immer stärker werdenden Opposition? Die DDR-Geschichte mussten wir uns erst aneignen. Ich erinnere mich an Bücher von Autoren wie Wolfgang Leonhard, Heinz Brand und vielen anderen, die uns die Gründungsgeschichte der DDR ganz anders sehen ließen und zu immer weiteren Fragen führten.

Als Signale wie Glasnost und Perestrojka begannen, als im November 1988 das Sputnik-Verbot und das Aufführungsverbot von fünf sowjetischen Filmen erlassen wurden, die sich mit dieser jüngsten sowjetischen Geschichte beschäftigten, wurde auf einmal dem normalen DDR-Bürger klar: Veränderungen, auch im Sinne von überhöht angenommenem Reformprozess, bedeuten in der Sowjetunion einen Versuch, mit der Geschichte umzugehen, wie wir ihn in der DDR überhaupt nicht vor Augen hatten. Hier setzte eine Hoffnung ein, die bis in die Hälfte der 1990er Jahre anhielt: dass dieser Funke, der 1989 griff, wo sich für uns Geschichte und aktuelle Chance der Veränderung zusammenbanden, überspringt, auch dorthin, wo die internationale Herrschaft des Kommunismus begonnen hatte, nämlich in die Sowjetunion selbst. Die reale Geschichte haben wir alle vor Augen. In den 1990ern setzte die Konfrontation mit einer anderen Realität ein. Hier hat den Oppositionellen in den verschiedenen Ländern sehr geholfen, dass sie diesen langen, gemeinsamen Vorlauf hatten und das, was nach Jelzin kam, realistisch sehen konnten.

In Podkowa Leśna fand 1996 eine entscheidende Zusammenkunft von Oppositionellen aus über 20 Ostblockländern statt. Dort wurde die Frage gestellt: Was fangen wir mit unseren Erfahrungen und diesen langen Ausflügen in die eigene Geschichte an? Was verbindet uns

international? Dort sind Vereinbarungen entstanden, die auf der gesellschaftlichen Ebene einiges bewirkt haben.

Den verantwortlichen Umgang mit der Geschichte übernahmen Organisationen wie Memorial in Russland und die ukrainische Helsinki Menschenrechtsgruppe, das Zentrum Karta in Polen, das Robert-Havemann-Archiv oder das Matthias-Domaschk-Archiv in Deutschland. Diese Organisationen waren bald gut vernetzt, Gründungen in anderen Ländern folgten. Dieser Prozess in den verschiedenen Reformländern hat auch gegenüber einer gegenteiligen Entwicklung in Russland in den letzten zehn Jahren geholfen. Die dortigen Kräfte stehen für eine realistische, selbstkritische Geschichtslinie und für den partnerschaftlichen Umgang mit den Nachbarn. Über ein Jahrzehnt währt der Dialog zwischen polnischen und ukrainischen Historikern, die auch versuchen, mit russischen Historikern auf dieser gesellschaftlichen Ebene ins Gespräch zu kommen. Wir von deutscher Seite können dabei unterstützen mit dem bewussten Rückbezug auf die eigene Diktaturerfahrung.

Den Prozess der Verständigung mit Gesprächen über Themen wie die Verbrechen der kommunistischen Ideologie, wie Katyń, zu beginnen, halte ich für möglich und notwendig, aber auch für sehr schwierig. Dem, was ich nannte, stehen gewaltige Defizite genau dieser Ebene gegenüber. Ich nenne ein Beispiel. Wir können eigentlich stolz darauf sein, dass wir in der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte eigene Publikationen wie „Horch und Guck“ geschaffen haben, die aus den Bürgerkomitees kamen. Als einige Autoren dieser Zeitschrift das Thema des Widerstands gegen die sowjetischen Okkupanten nach 1945 im Baltikum thematisierten, gab es von deutscher Seite heftige Kritik. Historiker und Publizisten argumentierten, dass eine Würdigung des bewaffneten antisowjetischen Widerstandes im Baltikum nach 1945 nicht akzeptabel sei. Bei diesen Widerstandsgruppen ginge es um Kräfte, die vorher mit den Deutschen kollaboriert hätten. Die Kontroverse zeigt, dass diese Fragen viel zu wenig aufgearbeitet sind. Die Defizite der russischen Seite zu benennen, ist viel einfacher, als unsere eigenen Defizite in der Diskussion zu thematisieren. 2009 ist ein Jahr der Jubiläen. Da gibt es zögernde Politiker, da gibt es Blockaden, da hätten diese Initiativen, über die ich und die anderen sprachen, eine große Chance. Aber dann müssen wir zu einer Kontroverse untereinander bereit sein.

Von der russischen Organisation Memorial wurden in den letzten Jahren zwei Dokumente vorgestellt. Der erste Appell ist der Aufruf zum Umgang mit dem Terrorjahr 1937, eine detaillierte Analyse dessen, was dazu in Russland bisher passiert ist und was nicht und welche Auswirkungen diese Versäumnisse auf die eigene Gesellschaft haben. Der zweite ist der Aufruf zur Gründung eines internationalen Geschichtsforums. Wenn dieser Impuls aus dieser

Veranstaltung mitgenommen und unterstützt werden könnte, wäre ein wesentliches Ziel erreicht.

Piotr Mitzner (Zeitung "Nowaja Pilscha", Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität, Warschau):

Geschichtsaufarbeitung und -vermittlung in Polen

[In Warschau] ist jetzt die [Partei] „Bürgerplattform“ (Platforma Obywatelska) an der Macht, und die Polen fragen sich: „Wo steckt eigentlich die Regierung? Man sieht und hört gar nichts von ihr.“ Ich persönlich halte das für ein gutes Zeichen. Man sieht und hört nichts von unseren regierenden Politikern, weil sie einfach ihre Arbeit machen. Genau dafür bezahlen wir sie schließlich. Und wir selbst können morgens aufstehen, ohne als erstes darüber zu grübeln, was sie sich heute wohl wieder ausdenken werden. Was die polnische Ostpolitik betrifft, so hoffe ich, dass es künftig eine geben wird. Früher war das nicht der Fall. Als es in den neunziger Jahren hie und da auf Bahnhöfen zu Schlägereien zwischen Russen und Polen kam, sagte Jerzy Giedroyc, Polen habe keine Ostpolitik vorzuweisen, sondern nur einen Ostbahnhof. Ich hoffe, dass unser Land nach und nach eine Ostpolitik entwickeln wird.

Mich selbst bewegen andere, sehr komplexe Fragestellungen und auch Zweifel. Wie können wir den jungen Leuten unsere Geschichte und unser Geschichtsverständnis näher bringen? Nachdem in Polen die Gruppe KARTA (der Herausgeber der gleichnamigen Zeitschrift und Träger des „Ostarchivs“) aus dem Untergrund aufgetaucht war, begann sie eine Geschichtszeitschrift herauszugeben. Wie sich jedoch zeigte, waren in Polen damals, also Anfang der 90er-Jahre, die führenden Köpfe von Politik und Gesellschaft an zeitgeschichtlichen Fragen nicht sonderlich interessiert. Alle blickten Richtung Zukunft und wollten das Vergangene hinter sich lassen. Mitte der 90er-Jahre änderte sich das jedoch grundlegend. Da interessierten sich so manche Politiker plötzlich lebhaft für die Geschichte. Sie begannen, bestimmte Argumente und Fakten aus der Geschichte in ihre Wahlpropaganda einzubauen. Zugleich erwachte auch bei den jungen Leuten das Interesse für die Vergangenheit.

Uns polnischen Intellektuellen hat das gefallen. Ungeachtet all unserer zukunftsorientierten Manifeste halten wir doch erstens die Geschichte für wichtig und messen zweitens den Themen Bildung und Erziehung große Bedeutung bei. Wir entwickelten neue Methoden zur Bildung und Erziehung der Jugend (oder kopierten sie im Westen) und erstellten zeitgemäße

Lehrpläne. Wir wissen, wie man Geschichte auf andere Weise lehren kann – nicht ex cathedra, sondern so, wie es sich eigentlich gehört.

So oder so vertreten wir alle letztlich liberale Werte. Genau diese möchten wir den jungen Leuten vermitteln, damit sie lernen, auch andere Kulturen wertzuschätzen.

Ich fürchte, dass wir dabei das Wort „Toleranz“ so häufig in den Mund genommen haben, dass wir schon selbst ein wenig vergessen haben, was es bedeutet. Die jungen Leute können das alles schon nicht mehr hören. Bei meinen Studenten sehe ich, dass sie, sofern sie sich ausdrücklich für Geschichte interessieren, verschiedenen radikalen Denkmustern folgen. Junge Leute neigen nun einmal zu radikalen Auffassungen. Dies führt dann zu einer Polarisierung der Ansichten. Fast alle Gruppen benutzen die Geschichte und die Traditionen, indem sie sich das herausgreifen, was ihnen interessant erscheint und was ihnen hilft, ihre eigene Weltanschauung zu untermauern. Wir haben uns lange Zeit den Kopf darüber zerbrochen, wie man die Geschichte entschärfen könnte, um zu verhindern, dass jemand sich der historischen Fakten bedient, wie es ihm gerade passt. Jetzt zeigt sich, dass nicht etwa erfahrene und zynische Politiker die Geschichte benutzen, sondern die jungen Leute, und das in immer radikalerer Form. Die einen sind Anhänger von Rosa Luxemburg und Che Guevara, die anderen sehen sich als die Erben irgendwelcher polnischer Faschisten der Vorkriegszeit und General Francos. Die letztgenannte Strömung halte ich für recht gefährlich. Dieses Problem gilt es heute zu lösen.

Wo es um Völkerverständigung und die Annäherung zuvor verfeindeter Nachbarnationen geht, sollte meines Erachtens nicht nur von Geschichte die Rede sein, sondern ein Austausch heutiger kultureller Werte stattfinden, sollten Musik-, Literatur- und Theaterfestivals veranstaltet werden. Für die gegenseitige Annäherung und für die Überwindung von Stereotypen können sie mehr bewirken als Diskussionen über diese Stereotype.

Und nicht nur die Kultur vermag hier viel zu leisten. Warum erhob sich nach 1989 in der polnischen Gesellschaft keine Welle des Hasses auf die Russen? Weil ein nicht-legaler allgemeiner Handel einsetzte. Im „Stadion des 10-Jahresjubiläums“ in Warschau kamen alle Völker des ehemaligen sozialistischen Lagers zusammen und handelten mit allem Möglichen – von Unterhosen über CDs bis zu Maschinengewehren. Keinem Politiker ist es je gelungen, eine solche Annäherung der Nationen zu bewirken. Heute ist das Stadion geschlossen, und wir gehören zum Schengen-Raum. Dass wir uns dem Schengener Abkommen angeschlossen haben, stellt – und das meine ich ernst – eine Bedrohung für bestimmte Kontakte und Kommunikationswege und für die Zukunft dar. Ich hoffe, dass die Politiker dieses Problem lösen werden.

Für uns in Polen ist es sehr wichtig, innerhalb des Landes über die Geschichte zu debattieren. Im kommenden Jahr wird man in Polen wahrscheinlich dem unerfreulichen Jahrestag des Molotow-Ribbentrop-Paktes große Aufmerksamkeit schenken. Meiner Meinung nach sollten wir uns aber schon in diesem Jahr einem wichtigen Jahrestag zuwenden – dem des Münchner Abkommens. Hie und da waren in der polnischen Presse bereits Artikel zu lesen, die das Thema auf die eine oder andere Weise berührten. Die Sache ist die, dass Polen damals von diesem Abkommen bis zu einem gewissen Grade profitiert hat und an der Aufteilung der Tschechoslowakei beteiligt war. Nicht nur die Polen, sondern auch die Briten und die Franzosen sollten diesem Jahrestag Beachtung schenken. Als ich vor 10 bis 15 Jahren über dieses Thema schrieb, wollte das niemand hören. Ich bekam ein anonymes Schreiben, in dem polnische Patrioten mir drohten, sie würden mir beide Ohren abschneiden. Ein anderes Beispiel ist die landesinterne Debatte über den polnischen Antisemitismus, die erst vor wenigen Jahren begann und fortgesetzt werden muss. Wenn wir diesem Thema nicht bekommen, werden wir auch auf sonstige Fragen keine Antworten finden.

Von besonderer Bedeutung sind die polnisch-ukrainischen Gespräche über die gemeinsame Geschichte, in der viel Blut geflossen ist. Sie wurden erst Mitte der neunziger Jahre aufgenommen. Mit welchen Ergebnissen? Was das betrifft, kann man Jan Nowak-Jeziorański zitieren, der gesagt hat, letztlich müssten diese zwei Nationen „sich darauf einigen, dass sie sich nicht einigen können“.

Raul Rebane (Kommunikationsberater, Tallinn):

Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Staaten

Russland ist generell schwer zu begreifen. Mein Vater sagte einmal zu mir: „Ich bin schon alt, aber eines weiß ich genau: Wenn ich meinen Nachbarn besuchen möchte und im ersten Augenblick die falsche Richtung einschlage, werde ich nie bei meinem Nachbarn ankommen.“ Es ist sehr wichtig, sich dessen bewusst zu sein, dass man die falsche Richtung einschlagen kann. Von diesem Ausgangspunkt her möchte ich einige theoretische Überlegungen anstellen.

Der russische General Rochlin hat einmal in einer Live-Sendung des russischen Fernsehkanals NTV gesagt: „Als Atommacht hat Russland Argumente genug, um mit seinen nächsten und ferneren Nachbarn freundschaftliche Beziehungen aufzubauen.“ Ist das die Art Freundschaft, die wir anstreben? Wohl kaum, denn das wäre keine Freundschaft.

Welche Art von Beziehungen wünschen wir uns? Theoretisch sieht es so aus: Wenn die Menschen einander nicht verstehen, nicht miteinander reden können und unterschiedlicher Meinung sind, kann dies fünf grundsätzliche Ursachen haben. Erstens – technische Ursachen: Wenn ein Mikrophon nicht funktioniert, wenn der Ton ausfällt, ist kein Kontakt möglich. Zweitens – sprachliche Ursachen: Wenn Sie Chinesisch sprechen, kann ich Sie nicht verstehen, also kommt kein Kontakt zustande. Drittens – kulturelle Ursachen: Manchmal sind Kulturen so unterschiedlich, dass die Kommunikation scheitert. Viertens – Konditionierungen: Wenn ich Sie für einen schlechten Menschen halte, können Sie sagen, was Sie wollen – ich werde Ihnen nicht glauben. Die fünfte Ursache sind Erfahrungen, etwa dieser Art: Du stellst dich mir gegenüber als ehrlichen Menschen dar, aber vor fünf Jahren hast du mir mal das Portemonnaie gestohlen, deshalb glaube ich dir nicht.

Bei unseren Dialogen mit Russland reden wir oft aneinander vorbei. Auf russischer Seite bestehen Konditionierungen: Du bist der Feind, ich glaube dir nicht, ganz gleich, was du sagst. Und wir haben unsere Erfahrungen. Infolgedessen kommt zwischen uns kein Kontakt zustande.

Es gibt nur eine einzige Möglichkeit, diese Situation zu überwinden: Irgendjemand auf hoher Ebene müsste etwas sagen, das für einen Augenblick die Hindernisse vergessen macht. Irgendwer muss ein Stückchen nachgeben – anders kann es nicht funktionieren. Kann man darauf hoffen, dass irgendwelche Politiker etwas in der Art sagen werden? Das glaube ich, ehrlich gesagt, nicht. Russlands Kommunikationsgrundlage, die so genannte russische Idee, umfasst nicht mehr als vier Begriffe: Patriotismus, Großmacht, Staatlichkeit, soziale Solidarität. Alle Medien und die gesamte politische Elite Russlands sind auf diese Begriffe ausgerichtet. Keine einzige Sendung und keine einzige Nachrichtenmeldung im russischen Fernsehen stellt sie in Frage. Von den übrigen Massenmedien ist in dieser Hinsicht ebenfalls nichts zu erwarten, denn sie haben jede strategische Bedeutung verloren, und ihre Hauptfunktion besteht heute darin, noch das letzte Dorf mit Comedyprogrammen zu versorgen.

Was soll man tun, woran soll man glauben, worauf kann man hoffen? Das Wichtigste ist: Uns bleiben Möglichkeiten zum kulturellen Austausch und technische Mittel zur Kommunikation wie das Internet, das in diesem Zusammenhang noch eine äußerst wichtige Rolle spielen wird. Der strategische Ansatz, den Herr Dubin beschrieben hat, ist ganz hervorragend: Die Menschen dürfen sich nicht zu Objekten machen lassen, sie müssen als Subjekte handeln. Der Kulturaustausch, die Arbeit der Nicht-Regierungs-Organisationen – das alles spielt sich auf der individuellen Ebene zwischen gleichberechtigt agierenden Menschen ab, und darin liegt der einzige Ausweg. Ich sehe keine Alternative dazu. Es wird aber wohl viele Jahre dauern. Der englische Wissenschaftler Phil Taylor, der derzeit einer der wichtigsten Theore-

tiker der internationalen Kommunikation ist, hat gesagt: „Es geht hier nicht um einen Kalten Krieg, sondern um einen langen Krieg.“ Wir müssen uns auf einen sehr langen Prozess gefasst machen.

Vor einigen Jahren befassten sich die Letten intensiv mit der Frage, wie mit der russischen Bevölkerung des Landes umzugehen sei. In Lettland leben sehr viele Russen. Bei uns in Estland machen sie etwa 25 bis 27 Prozent der Einwohner aus. Sie nehmen, nebenbei bemerkt, alles stark durch die russische Brille wahr, weil sie sich über das russische Fernsehen informieren. Wie sich gezeigt hat, können wir über alles reden: über Wirtschaft, über die EU, sogar über die NATO, über kulturelle Fragen. Das einzige Tabuthema ist die Geschichte. Da gibt es einfach kaum Berührungspunkte. Beide Seiten halten an ihren nationalen Mythen fest, und Gespräche sind praktisch nicht möglich. Im kommenden Jahr werden wir einige für uns wichtige Jahrestage begehen, und auch die russische Jugend, d. h. die jungen estnischen Russen, wird daran teilnehmen. Was 1939 geschah, ist uns völlig klar, da besteht keinerlei Diskussionsbedarf. Für uns lautet die entscheidende Frage: Was sagen wir der russischen Jugend, welche Themen können wir ihr gegenüber ansprechen? Auf höchster politischer Ebene kommt ein solcher Dialog nicht zustande. Als einzige Möglichkeit bleibt nur, auf die Kultur und auf einen gleichberechtigten Informations- und Meinungs austausch zu setzen, wie es ihn schon einmal gegeben hat. Wir müssen uns aber auf einen sehr langen Prozess einstellen. Vielleicht dauert es noch 15 Jahre bis zu einer neuen Perestroika.

Man kann zunächst einmal mit denjenigen sprechen, die an etwas glauben. Die in Estland lebenden Russen kann man grundsätzlich in drei verschiedene Gruppen aufteilen. Mit etwa 50 Prozent von ihnen kann man reden – über Estland, über Geschichte, über weitere Themen, über alles. Typische Repräsentanten dieser Gruppe sind junge Leute mit höherer Bildung. Die zweite Gruppe bilden diejenigen, die einen so genannten „grauen Pass“ haben, also die Staatenlosen. Sie verfügen über keine besonderen Privilegien, und es ist sehr schwierig, mit ihnen zu reden. Die dritte Gruppe sind Menschen mit russischer Staatsbürgerschaft. Die Hälfte von ihnen sind Rentner, die andere Hälfte junge, gebildete, eher begüterte Menschen. Mit ihnen zu reden ist ebenfalls sehr schwierig, weil sie glauben, dass die jetzige Situation nicht von Dauer sein wird. Sie wollen nicht nach Russland zurückkehren, sondern wünschen sich, dass Russland wieder in Estland Einzug hält. Über die EU kann man ihnen sprechen. Die EU ist eine sehr starke Gemeinschaft, darüber lässt sich mit ihnen reden.

Wir machen uns ständig Gedanken darüber, wie man mit Russland reden soll, aber wir haben nie reflektiert, mit Hilfe welcher Methoden Russland mit uns kommuniziert. Es handelt sich um verschiedene Methoden, die sämtlich sehr wirkungsvoll sind – so die Finnlandisierung, die „Mythologisierung“ und sogar, um einen neuen Begriff zu prägen, die „Schröderisierung“.

rung“ (die darin besteht, dass irgendein hochgestellter westlicher Politiker Mitarbeiter von Gasprom wird).

Derzeit sind auf hoher politischer Ebene meiner Meinung nach keine raschen Entscheidungen zu erwarten, weil die Mythen zu wirkungsstark sind. Was von unten, also auf der Ebene der im Kulturbereich tätigen NGOs, getan werden kann, hat Herr Melle sehr gut umrissen. In meinen Augen ist das eine mögliche Strategie.

Jan Ratschinskij (Memorial, Moskau):

Die Suche nach gemeinsamen Ausgangspunkten für die Geschichtsbetrachtung

Leider habe auch ich mehr Fragen als Antworten. Vielleicht ist das ja eine typisch russische Eigenschaft.

Wie erfolgreich eine Diskussion über die hier aufgeworfenen Fragen verläuft, hängt in hohem Maße davon ab, wer mit wem diskutiert. In Foren wie diesem hier ist das einfacher: Unsere Meinungsunterschiede sind nicht grundsätzlicher Art, weil Menschen versammelt sind, die wissen, dass nie nur eine Seite zu hundert Prozent für etwas verantwortlich ist. Leider gibt es viel zu wenige, die – um eine Metapher aus dem Schachspiel zu benutzen – bereit sind, das Brett auch einmal von der anderen Seite her zu betrachten. Wenn mir meine Position gut zu sein scheint, kann sie von der anderen Seite aus ganz anders aussehen und umgekehrt. Warum sind diese Fragen heute so aktuell? Seit dem Zerfall des sozialistischen Blocks suchen viele Länder nach einem Ersatz für die vorigen Lenkungsmechanismen, die weitgehend auf eine Zwangsideologie hinausliefen. Dabei entsteht aber kein anderes System, keine neue gesellschaftliche Struktur. Gesucht wird vielmehr nach einer alternativen Staatsideologie. Ich halte jede Art von Staatsideologie für gefährlich, da sie sich unweigerlich und zielstrebig nationale Mythen zu Nutze macht. Um gegen diese Mythen anzugehen, müsste man die gemeinsamen Positionen verschiedener Völker und Länder herausarbeiten – was schwierig ist, weil uns die dafür geeigneten supranationalen Instrumente fehlen.

Die entscheidende Frage ist, innerhalb welcher Rahmen und Grenzen bestimmte historische Probleme betrachtet werden sollen. Ist eine gemeinsame polnisch-russische Konferenz zum Jahr 1939 denkbar? Wohl kaum, denn im russischen Bewusstsein sind die Jahre 1941 und 1945 verankert, während das Jahr 1939 schlichtweg fehlt. Solange wir solche Rahmen nicht erweitern und solange wir nicht davon absehen, einen Staat aufbauen zu wollen, der auf

nationalen Mythen beruht, werden die vorhandenen gewaltigen Probleme nicht nur erhalten bleiben, sondern sich sogar noch verschärfen.

In Russland erklärte der nicht gerade unbekannteste kommunistische Politiker Tjulkin unlängst in einer Radiosendung, dass sich der russische Staat zu seiner Legitimierung einzig und allein auf das Jahr 1917 berufen könne. Manch einer redet auch vom Jahr 1612, wieder andere führen die Taufe Russlands an. All diese Standpunkte tragen in keiner Weise zu einer konstruktiven Geschichtsreflexion bei. Das ist ein enormes Problem.

Was kann man in dieser Situation versuchen? Vor allem müssen wir klar erkennen, dass wir es derzeit nicht mit einer politischen Wahrnehmung der Geschichte zu tun haben, sondern mit einer bewussten und nicht gerade gewissenhaften Nutzung der Geschichte als Argument.

Was könnte man unternehmen, um zu einer gemeinsamen Position zu gelangen? Es hat – nicht einmal völlig erfolglos – Versuche gegeben, die Verbrechen der kommunistischen Regime zu verurteilen. Dabei beruft man sich häufig auf die Erfahrung der Nürnberger Prozesse. Ich möchte aber auch auf einen Unterschied hinweisen. Die kommunistische Ideologie als solche ist, streng genommen, nicht verbrecherisch. Was die kommunistischen Regime getan haben, war hingegen ohne jeden Zweifel verbrecherisch.

Leider wurde nie eine verbindliche Resolution angenommen, die die Verbrechen der kommunistischen Regime verurteilt hätte. Dabei wäre es auf dieser Grundlage möglich, endlich die Identifizierung des heutigen Russlands mit der Sowjetunion zu demontieren. Diese unterbewusste Gleichsetzung ist sowohl im Westen als auch bei der russischen Regierung zu beobachten. Es ist schon reichlich seltsam, wenn alle Errungenschaften und Siege der Sowjetunion zugleich für das heutige Russland reklamiert werden, während die Verbrechen von man weiß nicht wem begangen wurden. Eine solche selektive Wahrnehmung des historischen Erbes wirft auf allen Seiten Unmengen von Fragen auf.

Ein interessantes Beispiel hat mit den unterschiedlichen Bewertungen des Holodomor [der Hungersnot 1932/33 in vielen Teilen der UdSSR mit zahlreichen Todesopfern insbesondere in der Ukraine] durch Russland und die Ukraine zu tun. In der Ukraine wird der Holodomor als Genozid aufgefasst. Es gab sogar den (glücklicherweise erfolglosen) Versuch, die Nicht-Anerkennung des Holodomor als Genozid per Gesetz unter Strafe zu stellen. Der russische Präsident Medwedew lehnte es unlängst ab, an einer Gedenkveranstaltung zum Holodomor teilzunehmen. In seinem Schreiben an Präsident Juschtschenko erklärte er zutreffend, dass der Holodomor keinen Genozid darstelle, da er nicht auf die bewusste Vernichtung einer ethnischen Gruppe ausgerichtet gewesen sei. Allerdings vergaß Medwedew hinzuzufügen, wie

die Vorgehensweise der sowjetischen Machthaber zu bewerten ist und dass es sich ohne jede Frage um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehandelt hat. Das Beispiel zeigt deutlich, wie beide Seiten von der Wahrheit abweichen.

Eine Aufgabe, die die gesellschaftliche Öffentlichkeit heute übernehmen könnte, ist die Debatte über unsere Geschichtsbücher. Wenn polnische und russische gesellschaftliche Organisationen unter Einbeziehung professioneller Historiker Einigkeit darüber erzielen könnten, wie bestimmte schwierige Fragen in den Lehrbüchern dargestellt werden sollten, wäre das ein großer Fortschritt. Es ist ja viel einfacher, mit professionellen Historikern zu diskutieren – für sie zählen nicht Mythen, sondern Fakten, und deshalb sind sie weniger uneins.

Regierungsnahe [russische] Journalisten interpretierten den Aufruf der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ zur Schaffung eines Internationalen Geschichtsforums anfangs als Vorschlag weltfremder Menschen, die es gut meinen, tatsächlich aber der „weltweiten Reaktion“ in die Hände spielen. Vorgestern aber erschien in der Zeitung „Rossijskaja gaseta“, dem offiziellen Amtsblatt der Regierung, ein Artikel, der die Frage stellte, wie denn Herr Juschtschenko und seine Leute dazu kämen, über einen so großartigen Aufruf wie den von „Memorial“ hinwegzusehen, in dem es doch heiße, dass man das historische Gedächtnis der einen Nation nicht dem einer anderen Nation gegenüberstellen solle. Das zeugt von Veränderung, aber es ist schwer zu durchblicken, in welche Richtung sie gehen wird.

Leider ist die Geschichte ein zu komplexes Thema, als dass man es komplett in einen einzigen Text packen könnte. Der „GULag“ ist in der jüngsten öffentlichen Erklärung von „Memorial“ tatsächlich kein zentraler Begriff. Man mag den Wunsch hegen, eine vollständige und detaillierte Auflistung sämtlicher problematischer Fragen zu erstellen, aber dabei käme eine allzu lange Liste heraus, die nicht wirklich hilfreich wäre.

Auf unseren Aufruf hin erhielten wir viele positive Reaktionen von unseren Kollegen, und derzeit wird über bilaterale Projekte diskutiert. Einstweilen besteht allerdings noch folgendes Problem: Wenn solche Projekte erfolgreich sein sollen, bedarf es einer Plattform und der Kommunikation mit einer breiteren gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Leider ist das in Russland ziemlich schwierig. Viel wird davon abhängen, ob es gelingt, Konferenzen der skizzierten Art auf die Beine zu stellen und dafür namhafte Historiker zu gewinnen. Vielleicht wird dann endlich das Schweigen gebrochen.

Ich hoffe, dass wir im kommenden Jahr nicht noch einmal – wie vor nicht allzu langer Zeit geschehen – eine Erklärung des Innenministeriums zu lesen bekommen, in der von der „Befreiungsaktion“ des Jahres 1939 die Rede ist. Ich wünsche mir, dass, bevor es dazu erneut

kommen kann, eine Debatte begonnen hat, die zu bilateralen Treffen führt – auch wenn ich leider keineswegs sicher bin, dass sie ernsthaft etwas bewirken werden.

**Stefan Melle (Geschäftsführer Deutsch-Russischer Austausch e.V., Berlin):
Die Mitwirkung von NGOs an Geschichtsbildern**

An unseren Geschichtsbildern wirken sehr viele verschiedene Gruppen mit. Für die Bildung und Geschichtsvorstellung ist es extrem wichtig, was Eltern und Familien vermitteln, auch aus ihren persönlichen Bezügen. Hinzu kommt, was Bildungseinrichtungen wie Schulen und Universitäten, was die Politik, was Verwaltungsapparate, Museen und Geschichtsstätten verbreiten. Wesentlich, um auch größere Gruppen zu erreichen, sind Medien wie Zeitungen, Fernsehen usw., auch das Internet – und selbstverständlich die Historiker, von denen wir wissenschaftliche Fundierung erwarten. In so großen Ländern wie Russland gibt es zudem immer auch regionale Wahrnehmungen, etwa von verschiedenen Religionsgemeinschaften und verschiedenen Milieus. Sie alle sind Träger sehr disparater Vorstellungen von Geschichte.

Um auf Geschichtsbilder Einfluss zu nehmen, muss jeder einzelne in dem Bereich, in dem er arbeitet, Akzente setzen. Der Deutsch-Russische Austausch unterbreitet Bildungsangebote, z. B. durch die Vermittlung von Freiwilligen, durch die Geschichtserleben stark angeregt wird. Wenn junge Deutsche in die Ukraine oder nach Russland fahren, werden sie sich unweigerlich mit Fragen beschäftigen müssen: Wie werden die Deutschen dort gesehen und warum? Was erzählen die Menschen vor Ort über sich selbst und über ihre Nachbarn? Auf diese Weise reichert sich auf einer sehr individuellen Ebene Humus für eine offene Geschichtsbetrachtung an.

Politiker, Journalisten oder Historiker haben in öffentlichen Diskursen natürlich einen herausragenden Rang, da sie als Multiplikatoren wirken. Es ist jedoch keineswegs so, dass sich Geschichtsbilder automatisch ändern, wenn Journalisten mit Historikern zusammentreffen und öffentlich debattieren. Manchmal verstärken sich auch Verzerrungen.

Dies zeigt, dass hinter der Arbeit mit den Individuen eine größere gesamtgesellschaftliche Aufgabe steht. Wie erreicht man, dass Journalisten in Regionalzeitungen kritisch über eigene Geschichte schreiben oder dass Fernsehmoderatoren wirklich eine öffentliche Diskussion anstoßen?

Das Wichtigste dafür ist eine Enttabuisierung, die Prinzip für die ganze Gesellschaft sein muss. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, über Geschichte und ihre Probleme kritisch und offen zu diskutieren. Ich habe den neuen russischen Präsidenten Medwedjew am 5. Juni

2008 in Berlin erlebt. Dort wurde er u. a. gefragt: Wie sehen Sie die Rolle der Sowjetunion 1968 in Prag? Darauf schwieg er erst, guckte auch ein bisschen verwirrt und ärgerlich und sagte dann: Man solle doch nicht immer die wunden Punkte berühren, weil doch alle ihre dunklen Flecken in der Geschichte hätten. Für einen Präsidenten, der in der Perestrojkazeit junger Erwachsener war, ist das eine ausgesprochen schwache Position. Sie bedeutet, dass er nicht einmal in Bezug auf das Land, das er gar nicht vertreten muss – die Sowjetunion –, eine kritische Haltung einzunehmen bereit ist. Russland fällt so hinter sich selbst zurück, denn die Perestrojka beruhte wesentlich auf einer Geschichtsdebatte. Damals war es selbstverständlich, darüber zu sprechen, dass im eigenen Land Millionen Menschen durch die eigenen Leute umgebracht wurden.

Auch in der EU gibt es Schwierigkeiten, kritische Fragen an die eigene Geschichte zu formulieren. Dass die DDR so detailliert und distanziert betrachtet werden konnte, hat damit zu tun, dass sie ganz aufgelöst wurde. Doch welche Punkte in der bundesdeutschen Geschichte wollen wir auch nicht so genau kennen? Wäre es möglich, die Arbeit des deutschen Geheimdienstes seit 1949 auch so gründlich zu untersuchen? Werden wir es nicht eines Tages bedauern, dass wir den Palast der Republik abgerissen haben, weil er ein Monument für eine konkrete Zeit war, mit der wir uns befassen müssen? Natürlich können wir Russland gegenüber sagen: Beschäftigt Euch endlich mit dem KGB, auch wenn euer früherer Präsident dort Karriere gemacht und offenbar teilweise dort auch einige Werte angenommen hat. Wir müssen uns aber auch mit uns selbst und unseren Nachbarn beschäftigen.

Nichtregierungsorganisationen in der Ukraine, in Polen oder im Baltikum sind dabei nicht nur Beobachter, sondern auch Akteure. Ich glaube, dass man schon jetzt ein multilaterales Forum zur Diskussion von Geschichtsbildern zusammenrufen könnte und damit nicht mehr warten muss. Die Wende in Deutschland ist inzwischen 19 Jahre her, der Beginn der Perestrojka schon 23. Wir alle haben bereits Erfahrungen mit diesem Dialog gesammelt, Partner dafür gefunden und mit ihnen zusammengearbeitet. Das Netzwerk, das ein solches Forum tragen könnte, existiert. Es wird nicht sofort alle Fragen behandeln können, sondern allmählich wachsen und sich auch wieder in Arbeitsbereiche, regionale und thematische Gruppen untergliedern. So muss es auch sein. In einem übergreifenden Dialog wird man mit der Zeit immer wieder neue Partner gewinnen oder auch einige verlieren, das hängt auch mit politischen Konjunkturen zusammen und natürlich mit einzelnen Personen.

Den Aufruf von Memorial zur Schaffung eines internationalen Geschichtsforums aus dem Frühjahr 2008 halte ich für eine ganz große Geste. Ich bin sehr froh, dass dieser Aufruf aus Russland gekommen ist, von Menschen, die seit vielen Jahren unter schwierigen Bedingungen einen offenen Blick auf Geschichte wagen und sich für die Vermittlung von Geschichte engagieren. Er sollte die Chance bekommen, Realität zu werden. Es gibt schon viele etab-

lierte Formen, über die auch die junge Generation und neue Beteiligte in die Erörterung und in das Begreifen von Geschichte hineingeholt werden. Memorial hat selbst einige davon geschaffen, wie die Gedenkstätte „Perm-36“ und den gesamtrussischen Schülerwettbewerb „Der Mensch in der Geschichte. Russland im 20. Jahrhundert“, den Irina Scherbakowa seit vielen Jahren durchführt.

Welcher der Ansätze, die wir auf dieser Konferenz diskutiert haben, könnte für 2009 der sinnvollste sein? Sich über 1989 zu unterhalten, kann tatsächlich sehr weit führen, weil sich gerade daran der Konflikt, der aus unterschiedlichen Geschichtswahrnehmungen resultiert, kristallisiert. Die einen sehen „die Wende“ stärker als Verlust, die anderen als Gewinn. Für viele Russen ist 1989 überhaupt kein besonderes Jahr. Im Fernsehen haben sie die friedliche Revolution in der DDR und die nachfolgende Öffnung der Mauer zwar als historischen Moment erlebt, in ihrem eigenen Leben jedoch fanden ganz andere Ereignisse statt. Die Diskussion um die Bedeutung von 1989 wird auch die Perspektive auf die anderen Gedenkjahre, die wir 2009 haben, weit öffnen. Die Annäherung an ein solches differenziertes Geschichtsbewusstsein wird lange dauern und ist eine Arbeit von großem Aufwand. Wir müssen Hunderte Millionen Menschen in Europa, Russland eingeschlossen, mit hineinholen. Sie müssen dieses Geschichtsbewusstsein an ethisches Verständnis anbinden können, verschiedene Argumentationslinien kennen und auch eine gewisse gesunde Skepsis wahren gegenüber dem, was ihnen dargeboten wird. All das heißt, dass man sehr viel über Geschichte diskutieren, viele verschiedene Partner haben muss – eingeschlossen die, mit denen es schwer fällt, denn auch sie haben Gründe für ihre Art der Weltsicht. Schon mit dem, was wir selbst tun und erleben, wird erneut Geschichte geschrieben, denn überall, wo Gegenwart eine Deutung erfährt, wird Geschichtsschreibung vorbereitet. Vielleicht sind das die entscheidenden beiden Grundsätze: dass man sich mit Geschichte viel beschäftigen muss, und dies mit sehr viel Wachheit und gewisser Skepsis.

Programm der Tagung

Freitag, 21. November 2008

16.30 Uhr Anmeldung

17.00 Uhr Begrüßung und Einführung

17.30 Uhr **Verhärtete Fronten?**

Zum historischen Kontext der Konfliktlinien zwischen EU und Russland

Alexander Graf Lambsdorff, MdEP, Brüssel

Boris Dubin, Lewada-Institut, Moskau

Rainer Steenblock, MdB, Berlin

Moderation: Daniel Brössler, Süddeutsche Zeitung

19.00 Uhr Empfang der Stiftung Deutsch-Russischer Austausch
anschl. Buffet

Samstag, 22. November 2008

9.30 Uhr **Gelenkte Bilder?**

Nationale Geschichtsbilder hinter den aktuellen Konflikten

Piotr Buras, Gazeta Wyborcza, Warschau

Mart Laar, Historiker, Vorsitzender der Pro Patria Fraktion im estnischen

Parlament, ehemaliger Ministerpräsident Estlands, Tallinn

Nikita Sokolow, Historiker, Chefredakteur „Otetschestwennyje Sapiski“, Moskau

Jens Siegert, Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau

Moderation: Markus Wehner, FAZ

11.00 Uhr Kaffeepause

11.30 Uhr **Chancen für Aufklärung und Dialog**

Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Akteure

Wolfgang Templin, freier Publizist, Berlin

Stefan Melle, Geschäftsführer Deutsch-Russischer Austausch e.V.

Piotr Mitzner, Zeitung „Nowaja Polscha“, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität,
Warschau

Jan Ratschinskij, Memorial Moskau

Raul Rebane, ehem. Journalist und ehem. Programmdirektor des estnischen
Fernsehens, Kommunikationsberater, Tallinn

Moderation: Barbara von Ow-Freytag, Stiftung Deutsch-Russischer Austausch

13.00 Uhr Ende der Veranstaltung
anschl. Mittagessen

Kurzbiografien der Referenten

Piotr Buras

Piotr Buras wurde 1974 geboren. Er studierte an der Fakultät für Internationale Beziehungen der Universität Warschau. Von 1997 bis 2000 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau tätig und wirkte von 2000 bis 2004 am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften mit. Von 2002 bis 2003 war Piotr Buras Research Fellow am Institute for German Studies, University of Birmingham, von 2004 bis 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland und Europastudien an der Universität Breslau. Danach (2006-2008) war er Stipendiat der Volkswagen Stiftung im Rahmen des Programms European Foreign and Security Policy Studies, in dieser Zeit Gastwissenschaftler der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Piotr Buras veröffentlichte zahlreiche Publikationen zu den deutsch-polnischen Beziehungen sowie zur deutschen Außenpolitik und Geschichte und europäischen Integration. Seit November 2008 ist er Publizist der Warschauer Zeitung „Gazeta Wyborcza“.

Boris Dubin

Boris Dubin wurde 1946 in Moskau geboren. Er studierte Philologie an der Moskauer Staatlichen Universität und forschte anschließend von 1970 bis 1984 zum Thema „Soziologie des Buches und Lesens“ an der Staatlichen Leninbibliothek der UdSSR und am Institut des Buches der Buchkammer der UdSSR. Er unterrichtete Soziologie am Institut der Europäischen Kulturen, an der Moskauer Hochschule der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und an der Staatlichen Universität – Hochschule für Wirtschaft. Seit 1988 ist Boris Dubin am Lewada-Institut tätig – zurzeit als Leiter der Abteilung Sozialpolitische Forschungen. Außerdem ist er stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift „Vestnik obschtschestvennogo mnenija“, Übersetzer, Autor mehrerer wissenschaftlicher Arbeiten zur Geschichte der Weltliteratur und Kultur, Preisträger für Übersetzungen und Essays.

Mart Laar

Mart Laar wurde 1960 in Viljandi (Estland) geboren. Nach dem Abitur 1978 studierte er Geschichte an der Universität Tartu. Mart Laar war zunächst als Lehrer tätig, bevor er von 1986 bis 1990 als Referatsleiter im Kulturministerium der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik (später Republik Estland) tätig war. Mart Laar war von 1992 bis 1994 sowie von 1999 bis 2002 Ministerpräsident der Republik Estland. Neben seiner Tätigkeit als Politiker ist Mart Laar ausgewiesener Historiker. Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen Arbeiten sind die Zeit des nationalen Erwachens im 19. Jahrhundert sowie der Zweite Weltkrieg. 2005 promovierte Mart Laar zum Dr. phil. an der Universität Tartu.

Alexander Graf Lambsdorff

Alexander Graf Lambsdorff wurde 1966 geboren. Er studierte Geschichte, Staatsrecht und Internationale Politik in Bonn und an der Georgetown University in Washington, D.C. Ab 1995 war er als Diplomat im Auswärtigen Amt, zunächst im Planungsstab für Außenminister Klaus Kinkel, dann an der Botschaft in Washington, D.C. und zuletzt im Russlandreferat in Berlin tätig. Graf Lambsdorff ist seit 1987 Mitglied der FDP und arbeitet seit 1994 in Vorständen auf allen Ebenen. Seit 2004 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments. Außerdem ist Graf Lambsdorff Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten sowie des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung. Zudem ist er Vorsitzender der EU-UN-Arbeitsgruppe. Die FDP-Delegation in der ALDE-Fraktion vertritt er im Europäischen Parlament als stellvertretender Vorsitzender.

Stefan Melle

Stefan Melle wurde 1970 in Frankfurt (Oder) geboren. Er erlangte zunächst ein Diplom im Fach Orchestermusik an der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ Berlin (Hauptfach Klarinette). Ab 1996 studierte er Osteuropastudien, Slawistik, Politologie und Volkswirtschaft an

der Freien Universität, der Humboldt-Universität Berlin und der Moskauer Lomonossow-Universität. Nebenher arbeitete er als freier Journalist vor allem für die Berliner Zeitung sowie zwei Jahre bei der Erstellung der Dauerausstellung zum Sowjetischen Speziallager in der Gedenkstätte Oranienburg-Sachsenhausen. 2001 wechselte Stefan Melle in ein Volontariat an die Berliner Zeitung. Im Anschluss wurde er erst Kulturredakteur, wenig später Politikredakteur der Sächsischen Zeitung am Sonntag in Dresden. Seit 2006 leitet Stefan Melle den Verein Deutsch-Russischer Austausch als Geschäftsführer. Er war wiederholt als Lektor für das Deutsche Institut für Menschenrechte tätig und an mehreren Publikationen zu Russland beteiligt.

Piotr Mitzner

Piotr Mitzner wurde 1955 in Warschau geboren. Er studierte Theaterwissenschaften und war im Theater Powszechny in Warschau, im Stefan-Jarach-Theater in Łódź und im Iwaszkiewicz-Museum tätig. Sein Debüt als Dichter hatte er 1972. Seit 1979 gehörte er der literarischen Untergrund-Verlagsbewegung an. Von 1983 bis 1997 war er Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Karta“, die sich mit der neuen Geschichte von Polen und Osteuropa beschäftigte. Von 1993 bis 1999 war Mitzner als Direktor des Kulturzentrums in Podkowa tätig. Zur Zeit ist er stellvertretender Dekan der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Warschauer Universität. Zudem hat er den Posten des stellvertretenden Redakteurs der Zeitschrift „Nowaja Polscha“ inne. Seit 1991 ist er Mitglied der Menschenrechtsorganisation „Memorial“.

Jan Ratschinskij

Jan Ratschinskij wurde 1958 in Moskau geboren. Er studierte Mechanik und Mathematik an der Moskauer Staatlichen Universität und war anschließend von 1982 bis 1990 als Programmierer tätig. Seit 1988 ist er Mitglied der Menschenrechtsorganisation „Memorial“. Von 1990-1995 nahm er an zahlreichen Menschenrechtsaktionen in Konfliktregionen wie Bergkarabach, Transnistrien, Nordossetien und Tschetschenien teil. Derzeit leitet er die Erstellung eines elektronischen Buches zum Andenken an die Opfer der politischen Repressionen – die Auflage von 2007 listet mehr als 2.600.000 Menschen aus allen Regionen in Russland, Belarus, Usbekistan, Kasachstan und einigen Regionen in der Ukraine auf.

Raul Rebane

Raul Rebane wurde 1953 geboren. Er studierte an der Universität Tartu Journalistik und war von 1977-1994 als Kommentator im estnischen Fernsehen tätig. Von 1995-1997 hatte Raul Rebane den Posten des Programmdirektors des Nationalen Fernsehens inne. Anschließend war er Leiter des Senders TV-1. Von 2000-2008 war er strategischer Kommunikationsberater, 1999-2006 Dozent für Kommunikationswissenschaft an der Audentes-Concordia University. Außerdem war Rebane von 1980-2008 Mitglied und Kommentator der Informationsgruppe der Europäischen Rundfunkunion in elf Olympischen Spielen. 2000-2008 Gründer und Manager der Mannschaft des estnischen Olympiasiegers im Diskuswerfen Gerd Kanter. Raul Rebane beriet und trainierte zahlreiche estnische und internationale Institutionen, Ministerien und Unternehmen.

Jens Siegert

Jens Siegert wurde 1960 in Salzgitter geboren. Er leistete 1980-1981 sieben Monate Wehrdienst; anschließend folgten Verweigerung und neun Monate Zivildienst. Ab 1981 Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Volkswirtschaftslehre in Marburg (Abschluss 1989: Diplompolitologe). Gleichzeitiges politisches Engagement vor allem in der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung. Ab 1989 freier Journalist, in erster Linie für öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Ab 1993 Korrespondent in Moskau für private, deutschsprachige Radiosender, regelmäßige Beiträge für Zeitungen und Zeitschriften im deutschsprachigen Raum. Seit 1991 beratende Begleitung von Projekten der Heinrich-Böll-Stiftung in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Ab 1993 „Honorarkonsul“ der Stiftung in Russland. 1999 Aufbau und seither Leitung des Länderbüros Russland der Heinrich-Böll-Stiftung in Moskau.

Nikita Sokolow

Nikita Sokolow wurde 1957 geboren. Von 1974 bis 1979 studierte er am Moskauer Staatlichen Historischen Institut (später RGGU). Seit 1987 Doktor der Geschichtswissenschaften. Von 1988-1996 Dozent am Lehrstuhl für Vaterländische Geschichte an der Russischen Staatlichen Humanwissenschaftlichen Universität. Zu seinem Fachgebiet zählen solche Themen wie die Geschichte Russlands des 19. Jahrhunderts, russischer Liberalismus, russische nichtstaatliche Organisationen und Kulturtätigkeit der russischen Gesellschaft. Von 1996-2003 war Nikita Sokolow als Redakteur im Politik-Ressort der Zeitschriften „Itogi“ und „Ezhenedelnyj Shurnal“ tätig. Seit 2003 ist er Chefredakteur der Zeitschrift „Otetschestwennye Sapiski“.

Rainer Steenblock

Rainer Steenblock wurde 1948 in Leer geboren und machte 1968 in Aurich sein Abitur. Er studierte Psychologie, Pädagogik und Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Seit 1983 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen. 1994 wurde er zum ersten Mal in den Bundestag gewählt und entwickelte dort das Konzept für eine ökologisch-soziale Steuerreform. Nach der Landtagswahl 1996 wechselte Rainer Steenblock als Umweltminister und stellvertretender Ministerpräsident nach Schleswig-Holstein. Von 2000 bis 2002 war er als Landtagsabgeordneter tätig, seit 2002 ist er wieder Mitglied des Deutschen Bundestages. Für die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen nimmt Rainer Steenblock seit der 15. Wahlperiode die Funktion des Europapolitischen Sprechers wahr und ist u. a. Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Wolfgang Templin

Wolfgang Templin wurde 1948 in Jena geboren. Er studierte von 1970-1974 Philosophie an der Humboldt-Universität in Ostberlin und nahm anschließend das Forschungsstudium an der Humboldt-Universität auf. Von 1976-1977 folgte ein Aufbaustudium in Polen. Dort kam es zu den ersten Kontakten zur polnischen Opposition. Von 1977-1983 war Wolfgang Templin als Mitarbeiter am Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR und in unabhängigen kirchennahen Friedensgruppen tätig. 1983 trat Wolfgang Templin aus der SED aus. Daraufhin folgten Berufsverbot als Philosoph und Bibliothekar. Wolfgang Templin war Mitbegründer der Oppositionsgruppe „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (1985). Wolfgang Templin ist Mitbegründer der politischen Partei Bündnis 90. Von 1993-1994 war er an Aufarbeitungsinitiativen und Nachbarschaftsprojekten mit Osteuropa beteiligt. Seit 1996 ist Wolfgang Templin als freier Publizist und in der politischen Erwachsenenbildung tätig.

Impressum

Herausgeber:

Deutsch-Russischer Austausch e.V., Badstraße 44, 13357 Berlin

dra@austausch.org

Redaktionelle Leitung: Susanne Konschak

Mitarbeit:

Robert Sperfeld

Jeannette Bottlang

Ekaterina Baranova

Daniela Ruß

Assol Rustamova

Übersetzung: Andrea Gotzes

Titelgrafik: Lisa Benamane

V.i.S.d.P.: Stefan Melle

Erscheinungsdatum: Dezember 2008

Diese Veröffentlichung wurde ermöglicht durch die Förderung der Heinrich-Böll-Stiftung.

Die Deutsch-Russischen Herbstgespräche sind eine gemeinsame Veranstaltung des Deutsch-Russischen Austausch e.V., der Heinrich-Böll-Stiftung und der Evangelischen Akademie zu Berlin.

Deutsch-Russischer Austausch e. V.

www.austausch.org

Heinrich-Böll-Stiftung

www.boell.de

Evangelische Akademie zu Berlin

www.eaberlin.de